

Das

# Schreiben des Reichskanzlers

an den Bundesrath

vom 15. December 1878 betreffend

die Revision des Zolltarifs

BA 687  
686

VORTRAG,

gehalten in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin

am 11. Januar 1879

von

LUDWIG BAMBERGER.

---

BERLIN.

VERLAG VON LEONHARD SIMION.

1879.

*Meine verehrten Herren!*

Ein Actenstück wie das, welches mit der Unterschrift des Herrn Reichskanzlers versehen unter dem 15. December v. J. in die Welt gegangen ist und welches eine Reihe, ich darf wohl im Voraus sagen, auffälliger Sätze der Volkswirthschaft in dogmatischer Form ausspricht, theils sie kurz begründend, theils sie einfach als Axiome hinstellend, verdient vor allen Dingen von unserer Gesellschaft in Untersuchung gezogen zu werden. Ich würde finden, dafs es einen Mangel an Ehrerbietung gegen die Stelle bewiese, von der diese zahlreichen volkswirthschaftlichen Belehrungen ausgegangen sind, wenn diejenige Gesellschaft, die es sich seit so langer Zeit zur besonderen Aufgabe gemacht hat, die Lehren der Volkswirthschaft bei uns zu verbreiten, sich der Pflicht entzöge, diese Verkündigungen auf ihren inneren Gehalt zu prüfen.

Ich will sofort hinzusetzen, dafs der Gedanke, dieses Schreiben einer näheren Prüfung zu unterziehen, in einem Augenblicke entstand, da es schien, als sollten die merkwürdigen und überraschenden Aussprüche, die sich nacheinander in erstaunlicher Fülle über uns ergossen, mit auffallender Resignation und einer beunruhigenden Gleichgiltigkeit von der Masse der Nation aufgenommen werden. Ein Stillschweigen, ein Besinnen, ja sogar ein Verzagen ging durch die Reihen selbst derer, von denen man annehmen konnte, dafs sie sich über die Grundwahrheiten der Volkswirthschaft längst klar geworden seien. Und für mich giebt es keinen schlagenderen Beweis von der Erschlaffung und Verwirrung, welche die Geister jüngst noch gefangen hielt unter dem Druck der Ungunst der Zeiten; — ich sage, für mich giebt es keinen deutlicheren Beweis, wie sehr auch das höher gebildete Publikum im ersten Augenblick rathlos dastand, als die Thatsache, dafs zu

jener merkwürdigen Declaration, welche von 204 Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet wurde, so viele ansehnliche und nachdenkende Männer ihren Namen hergeben konnten; ein Actenstück, das ich nicht anstehe als mindestens ein höchst wunderliches zu bezeichnen. Und ich darf wohl diesen Ausdruck wagen, wenn ich mich darauf berufe, daß die Erklärung sich zu dem Ausspruch zuspitzt, es hätten sich in dieser Kundgebung Männer zusammengefunden, welche zwar auf den verschiedensten Standpunkten volkswirtschaftlicher Anschauung stünden, allein in einem Punkte als dem hauptsächlichsten übereinstimmten. Nämlich worin? Was war der große Ausspruch jenes denkwürdigen Actenstücks? Sie stimmen darin überein, «daß die wirtschaftlichen Fragen, welche im Augenblick für die deutsche Nation gelöst werden sollen, nicht lediglich nach Schlagwörtern entschieden werden dürfen, sondern mit Sachkenntniß, Umsicht und Vaterlandsliebe». Damit wäre also von Seiten derjenigen Herren, welche jenes Schriftstück verfaßt haben, von vornherein declarirt, daß die, welche sich ihrer Ansicht nicht fügen, die, welche ihnen gegenüberstehen, an Sachkenntniß, an Umsicht und sogar an Vaterlandsliebe hinter ihnen zurückbleiben. Es würde sich beispielsweise daraus ergeben, daß dem Minister Delbrück weniger Sachkenntniß, weniger Umsicht und weniger Vaterlandsliebe zuzutrauen sei, als Herrn v. Varnbüler, oder gar daß Herr v. Forckenbeck, der uns soeben ein Zeichen seiner Theilnahme gegeben hat, an Umsicht, Sachkenntniß und Vaterlandsliebe von den Redacturen der ehemaligen Reichsglocke, welche, wenn ich nicht irre, auf dem Standpunkt unserer wirtschaftlichen Gegner stehen, übertroffen werde.

Dieser Ausspruch schien damals nur wunderlich; heute hat er vielleicht eine praktische Bedeutung gewonnen, denn wir müssen es wahrscheinlich dieser Unterscheidung besonders nach mehr oder weniger Vaterlandsliebe zuschreiben, wenn wir jetzt vernehmen, daß in der neuerlich eingesetzten Tarifcommission z. B. dem Vertreter der Hansestädte die Behandlung nur solcher Dinge wie der Kalender, des Schießpulvers, der Spielkarten, der Kunstgegenstände und der Thonwaren überwiesen worden ist. Ebenso ist es offenbar unzulängliche Vaterlandsliebe, die dazu geführt hat, daß dem Vertreter des an die See grenzenden Mecklenburg nur die Droguerie-, Farbe- und Apothekerwaaren als Specialität zur Berichterstattung überlassen wurden, während den beiden Herren

Commissaren, die sich des besondern Zutrauens des Reichskanzlers erfreuen, die aber vordem im Zusammenhang mit volkswirthschaftlichen Aufgaben nie genannt worden waren, die wichtigsten Waarengelände zur Berichterstattung anvertraut worden sind. Wir wissen also jetzt, was es bedeutet, daß die Untersuchung dieser Frage nach der Vaterlandsliebe berechnet wird, deren Aechtheit an der Fähigkeit, sich für Schutzzölle zu begeistern, geprüft wird.

M. H., indem wir in die Untersuchung der hier vorliegenden Denkschrift eintreten, handelt es sich naturgemäß um einen rein theoretischen Kampf. Wir sind hier eine wissenschaftliche Gesellschaft und haben nicht auf dem Gebiete der praktischen Anwendung unsere Streitigkeiten auszufechten. Damit fällt auch von selbst diejenige Art von Ironie, mit der wir jetzt von vielen Seiten angegriffen werden, des Sinnes, daß es doch lächerlich sei, wenn einzelne Männer, welche der Zufall der Bewegung in den Vordergrund des Kampfes getrieben hat, oder einzelne Gruppen es unternehmen wollten, der ungeheuren Macht zu trotzen, die an der Spitze des Reichs ihnen mit ihrer Meinung und ihrer erklärten Willensabsicht gegenüberstehe. Kommen die Dinge einmal zum Austrage auf dem politischen Boden im Reichstag, nun so mögen sich die Kräfte messen, und allerdings wir werden es nicht für unmöglich erklären, daß die eigenthümliche Coalition, die politisch uns gegenübersteht, eine Stimmenmehrheit zusammenbringe. Hier aber haben wir es nicht mit Machtverhältnissen zu thun, hier haben wir es allein zu thun mit Argumenten, mit Ansichten, mit Begründung dieser Ansichten. Hier ist Einer so viel werth wie der Andere, und ob wir die Schlacht draußen jetzt gewinnen oder nicht, — vorerst haben wir uns nur zu verantworten in den Augen derer, die mit guten und klaren Gründen zu argumentiren und zu urtheilen verstehen.

Uebrigens bleibt uns eine Genugthuung, selbst wenn wir die politischen Vortheile unserer derzeitigen Gegner ermessen; es ist altes Herkommen unter ihnen, denjenigen, der mit guten Gründen sich in den Weg stellt, wo momentan einseitige Ansprüche sich hervordrängen, einen Theoretiker zu schelten. Im vorigen Jahrhundert nannte man solche unbequemen Gegner Systematiker; der «*homme à système*» spielt in der Literatur Frankreichs vom Ende des vorigen Jahrhunderts etwa dieselbe Rolle, die bei uns jetzt der

Theoretiker spielt. Aber, m. H., der schöne Triumph, den wir bei dieser Sache erleben, ist der, daß unsere Gegner, sowie sie anfangen, mit uns zu streiten, ohne es zu ahnen, Theoretiker werden müssen; sowie sie einen Ausspruch thun, klingt er von selbst theoretisch. Versuchen wir an einem Beispiel, uns dies klar zu machen. Wir lesen jetzt, daß auf vielfach ausgesprochenen Wunsch von allen Seiten Adressen, Glückwunschschriften und dergleichen mehr an den Reichskanzler erlassen werden. Eines der ersten dieser Schreiben war das, welches ein bekannter Großindustrieller aus Bochum an den Reichskanzler erließ. Hätte derselbe sich praktisch, ganz concret ausdrücken wollen, so hätte er etwa folgendermaßen reden müssen:

«Wir Eisenfabrikanten machen seit einigen Jahren schlechte Geschäfte. Theils liegt die Ursache in den Verhältnissen des Weltmarkts, theils liegt auch die Ursache darin, daß wir in den Jahren 1872 und 1873 nicht Schulden genug contrahiren, nicht Terrain und Maschinen genug ankaufen konnten, daß wir Rohmaterial in Masse zu Preisen zu übernehmen uns verpflichteten, welche später um mehr als die Hälfte fielen. Daher kommt es, daß wir derzeit und seit einigen Jahren keine Dividenden an unsere Actionäre austheilen können. Da wir nun diesem unangenehmen Zustand ein Ende zu machen wünschen, so sind wir außerordentlich erfreut, zu erfahren, daß Ew. Durchlaucht gesonnen ist, einen Zoll auf Eisen legen zu lassen, vermöge dessen zwar nicht die Regierung aus ihrer Tasche uns die Mittel giebt, Dividenden an unsere Actionäre zu bezahlen, aber unsere Mitbürger die Güte haben werden, das Eisen, das sie bis jetzt um 5 oder 10 Groschen billiger kauften, so viel höher zu bezahlen und dadurch unsere Finanzen in bessere Umstände zu bringen.»

Das wäre allerdings keine Theorie gewesen; wenn die Herren so sprächen, könnten sie uns vorwerfen, daß wir Theorie machen. Allein das thun sie nicht; sie drücken sich vielmehr so aus:

«Wir sind im höchsten Grade einverstanden mit den wirtschaftlichen Grundsätzen, welche soeben der Herr Reichskanzler kundgegeben hat; diese Grundsätze sind

«geeignet, die Produktion des deutschen Volkes zu heben  
 «und unsere wirthschaftliche Lage durch solche Maß-  
 «nahmen zu regeln, welche den geläuterten Anschauungen  
 «über richtige Lösung wirthschaftlicher Probleme ent-  
 «sprechen.»

So lauten etwa alle nacheinander diese Adressen, und es ist daraus ersichtlich, daß solche Herren nicht weniger Theorie als Andere machen. Sie gleichen nur jenem Monsieur Jourdain in Molière's Stück, der erst von seinem Lehrer erfährt, daß er seit 40 Jahren Prosa gesprochen habe, und nun ganz erstaunt ist, auf solcher Höhe der Bildung zu stehen. Sie erfahren auch erst, wenn man es ihnen erklärt, daß sie nicht minder Theorie machen als wir. Und wie das so geht, — wenn Leute, die nicht daran gewöhnt sind, mit der Theorie umzugehen, sich einmal daran begeben, dann schonen sie auch das Material nicht, dann verschwenden sie Sonne, Mond und Sterne und produciren gleich Theorien in Masse. Das erfahren wir auch an dem uns vorliegenden Schreiben.

Aber, m. H., es ist darum ganz besonders bedenklich, wenn derartige Theorien in falscher Weise von so hoher Stelle verkündet werden, weil bis jetzt, das müssen wir constatiren, die praktischen Fortschritte der angewandten Volkswirtschaft in den großen Ländern meistens nur in der Weise sich vollziehen konnten, daß die Regierungen für die gesunde Anschauung Partei nahmen. Immer mußte die Aufklärung, der höhere Standpunkt, zu dem allerdings der Einzelne von seinem engen Gesichtskreis aus nicht ohne Mühe gelangt, vertreten, vertheidigt, ihm mußte die Bahn gebrochen werden durch die höher stehende Regierung gegen den Widerstand der Interessenten und ihres blinden Anhangs. So begab es sich auch bei uns. Als Maafsen, der wackere Urheber jenes Tarifs von 1818, auf welchen sich das Schreiben des Reichskanzlers beruft, seine Reform in's Werk zu setzen begann, erhob sich gegen ihn der Unwille der Gewerbetreibenden, er hatte mit den hartnäckigsten Widersachern, mit den heftigsten Anfeindungen Jahre lang zu kämpfen, um seine geläuterte Anschauung durchzusetzen, und nur dem klaren Bewußtsein der Männer, welche damals Preußen lenkten, ist es zu verdanken, daß nicht der Standpunkt der Interessenten obsiegt. Auch nur dadurch, daß Sir Robert Peel in der Mitte der vierziger Jahre

sich das unsterbliche Verdienst erwarb, aus freier Selbstbestimmung England in neue Bahnen der Handelspolitik hineinzuführen, konnte die Bewegung gegen die Korngesetze zum Siege im Parlamente gelangen. Ohne seine Umkehr von überlieferten Standesvorurtheilen, ohne sein bewusstes und klares Eingreifen in die Handelspolitik seines Landes, wäre die Volksbewegung gegen die Getreidezölle sicher nicht sobald mit den ihr im Wege stehenden Hindernissen fertig geworden. Und ganz Aehnliches haben wir noch in unserer Zeit erlebt, als Napoleon III. in Frankreich den Handelsvertrag mit England abschlofs. Er durfte nicht einmal jenen oft genannten handelspolitischen Senat zu Rathe ziehen, er mußte gegen die Ansicht Aller, die sich für sachverständig erklärten, die neuen Grundsätze der Handelsverträge und des freien Verkehrs seinem Lande aufzwingen. Heute kann Niemand mehr bezweifeln, welche ungeheuren Fortschritte Frankreich seit dieser Systemveränderung in wirtschaftlicher Beziehung gemacht hat.

Sind daher nur unter Mitwirkung der maßgebenden Regierungsgewalt Fortschritte nach dieser Richtung durchführbar, dann ist es um so gefährlicher, wenn die höchststehenden Männer und gar wenn Männer, welche so gerechte Ansprüche an die Dankbarkeit und Ehrfurcht der Nation haben, wie der Reichskanzler, das Beispiel minder aufgeklärter Ansichten in der Handelspolitik geben. Und treten gar zu diesen Autoritäten des Staates noch so mächtige Faktoren, wie beispielsweise bei uns ein großer Theil der Centrumspartei, die aus ganz besonderen Gründen sich für die Schutzpolitik interessirt; wirkt dazu noch ein in unseren Tagen zu beträchtlicher Macht gekommener Factor, wie die Actienbörse, welche ihre Fühlfäden und ihren Einfluß überallhin erstreckt; treten diese drei Elemente, die höchste Autorität der Regierung, Centrum und Börse zusammen, um unsere Handelspolitik in andere Bahnen zu drängen, ja m. H., wir werden es nicht verkennen, daß wir es mit einer ebenso absonderlich gemischten als gefährlichen Gegnerschaft zu thun haben. Aber je größer die Gefahr, je stärker die Widersacher, die unseren Bestrebungen entgegentreten, desto größer ist für uns die Pflicht, uns unserer Aufgabe als Vertheidiger der richtigen Anschauungen im Interesse der Wissenschaft und des Lebens zu widmen.

Lassen Sie mich danach, m. H., zu meinem eigentlichen

Thema, zur Kritik des Schreibens vom 15. December\*), übergehen. Ich werde an der Hand dieses Schreibens in kurzen Stationen Ihnen das auseinanderzusetzen suchen, was am meisten an hervorstechenden Bemerkungen sich aufdrängt. Das Thema ganz zu erschöpfen, die Masse der Abschweifungen vom geraden Weg, die sich im Verlauf dieser paar Seiten aufdrängen, Ihnen heute vorzutragen, würde das Dreifache der mir gegebenen Zeit verlangen. Indem ich Ihre Geduld schon mehr, als gewöhnlich hier Sitte ist, in Anspruch nehmen muß, bin ich mir doch im Voraus bewußt, daß ich nur einen kleinen Theil der wichtigsten Irrthümer, ich will es geradezu so nennen, die mir hier aufstossen, der Kritik unterziehen kann.

Es wird vielfach in öffentlichen Besprechungen behauptet, der Reichskanzler lege durchaus den Nachdruck nur auf die finanziellen Ergebnisse der Reform, die ihm vorschwebt; auch ist uns von klugen Leuten vielfach bereits zugeflüstert worden, wir möchten uns doch nicht erhitzen über die volkswirtschaftlichen Ketzereien, die in diesem Schreiben niedergelegt seien; es handle sich im Grunde gar nicht um Schutzzoll, und wenn man nur dem Reichskanzler an finanziellen Ergebnissen das entgegenbringen wolle, wonach er sich sehne, so werde im Uebrigen die Gefahr, daß unsere Grundsätze in der Praxis verleugnet würden, nicht so groß sein. Was in dieser Beziehung der Reichskanzler denkt oder nicht denkt, das zu errathen werde ich mich nicht vermessen; für meine heutige Aufgabe ist das auch um so weniger wichtig, als sie mir die Pflicht, diese Denkschrift zu widerlegen, nicht sowohl dahin vorzeichnet, deren praktische Wirkung nach aufsen hin aufzuhalten, als dafür zu sorgen, daß durch die falschen Vorstellungen und Deductionen, die in ihr niedergelegt sind, nicht die Begriffe des Volkes noch mehr verwirret werden, als es bereits geschehen ist. Wir haben im Augenblick nicht auf dem Boden der Machtverhältnisse zu kämpfen. Ob der Reichskanzler nur finanzielle Ergebnisse will oder nicht, ist in diesem Saale nicht Aufgabe unserer Untersuchung. Wir haben die Ueberlieferung der Wissenschaft zu vertheidigen, denn die Ueberlieferung der Wissenschaft ist in dem Schreiben auf das Heftigste negirt, und unsere Aufgabe ist nur erfüllt, wenn wir das

\*) Dieses Schreiben ist im Anhang dieser Rede beigegeben.

Gleichgewicht gegen diese Negirung durch unsere Beweise wieder hergestellt haben. Darum übergehe ich Alles, was sich auf die Politik bezieht, so weit es nicht in das Gebiet der eigentlichen Staats- und Volkswirtschaft gehört.

Und nun muß ich vorab an dem mir höchst auffälligen Satz Anstofs nehmen, welcher ausspricht, «dafs Deutschland in der finanziellen Entwicklung seines Zollwesens hinter andern Staaten zurückgeblieben sei». — Was bedeutet hier das Wort «zurückgeblieben»? Müssen wir es von vornherein als ein Zurückbleiben anerkennen, wenn ein Staat weniger Zölle einnimmt, als andere Staaten? Ist der Staat der glücklichste und bestentwickelte, der die höchsten Zölle erhebt? oder soll vielleicht der Nachdruck auf der Vielfältigkeit der Zölle liegen? Ist derjenige Staat der glücklichste oder bestorganisirte, welcher die längsten Zolltabellen besitzt, welcher von den meisten Artikeln Zölle erhebt? Das Schreiben schweigt darüber; aber indem es sich einfach dahin ausdrückt, dafs wir in der Zollentwicklung zurückgeblieben seien, und in Folge dessen uns höhere Zölle und Zölle auf mehr Artikel vorschlägt, zwingt es uns zu dem Rückschlufs, dafs ein Staat desto vollkommner sei, je höhere und mehrfache Zollerhebung bei ihm bestehe. Wir werden wegen dieser Entwicklung auf Frankreich verwiesen, und zwar wechseln auf der ersten Seite des Schreibens beständig die Begriffe der indirecten Steuer, der Verbrauchssteuer und des Zolles miteinander ab. Die Deduction springt von einer Bezeichnung auf die andere, bald als wären sie identisch, bald als wären sie verschieden. Eine Lösung ist nicht gegeben, ich will sie auch heute nicht versuchen; ich will nur darauf aufmerksam machen, dafs hier eine merkwürdige Dunkelheit und Verwechslung der Begriffe vorliegt.

Wir werden aber zunächst auf Frankreich verwiesen. Ist denn Frankreich wirklich das Vorbild der finanziellen Organisation und namentlich im Punkt der indirecten Steuern? Sagt uns vielleicht Frankreich selbst, dafs der gute Weg seiner Entwicklung darin bestanden hätte, möglichst festzuhalten an der Masse von indirecten Steuern, die ihm die Vergangenheit überliefert hat? Oder sagt uns die französische Geschichte nicht vielmehr, dafs es immer das Bestreben der finanziellen Reorganisatoren Frankreichs war, die Abgaben zu vereinfachen und zu humanisiren?

Wenn man auf ein Land als abschreckend verweisen wollte, so müßte man die Geschichte des Unfugs erzählen, welcher mit den indirecten Steuern in Frankreich während des vorigen Jahrhunderts getrieben wurde. Frankreich war das Musterland der lästigsten, barbarischsten, willkürlichsten indirecten Steuern. Frankreich war das Land der Generalpächter; Frankreich war das Land jener Salzsteuer-Einnehmer, die das Volk zur Verzweiflung und zum Aufruhr brachten; Frankreich war das Land der Monopole für alle möglichen Gegenstände; und das französische Vorbild war es, welches in Deutschland im vorigen Jahrhundert verflucht wurde, als die deutschen Fürsten die französische Fiscalität sich zum Muster genommen hatten, um ihre Unterthanen rücksichtslos auszupressen. Die Nachahmung des französischen Vorbildes war es, der es zugeschrieben ward, daß ein so verehrter Monarch wie Friedrich der Große bei seinem Tode viel weniger, als man nach seiner glorreichen Laufbahn hätte erwarten sollen, von seinem Volke betrauert wurde. Die Geschichtsschreiber erzählen uns, daß es wie eine Erleichterung über das preussische Volk kam, als jener große, geniale Mann vom Throne in's Grab hinabstieg, denn nun versprach man sich Erlösung von dem französischen Fiscalsystem, das er ins Werk gesetzt hatte.

Hören wir, wie der allerdings etwas nüchterne, aber biedere und verständige Geschichtsschreiber Schlosser sich ausdrückt: «Friedrich wie Napoleon (I.) fiel durch das Gefühl seiner Ueberlegenheit und durch das Mißverstehen seiner monarchischen Rechte Leuten in die Hände, die seiner unwürdig waren; er wollte nur Werkzeuge, die Leitung behielt er sich allein vor und wählte daher oft nicht den, der das Beste rieth, sondern den, der ihn zu errathen und zu benutzen verstand.» (Große Bewegung und Beifall.)

Es ist demnach kein sehr glücklicher Griff, uns auf das Vorbild französischer Fiscalität hinzuweisen, damit wir das Ideal einer Finanzreform in Deutschland erreichen.

Es ist aber auch noch ein eigenthümliches Verhältniß mit den Zahlen, auf die uns das Schreiben hinweist, um zu zeigen, wie es sich ausdrückt, wie weit wir hinter Frankreich zurückgeblieben seien. Es wird uns hier auf der Tabelle, die als Ueberführungsstück angehängt ist, nachgewiesen, daß, während das Deutsche Reich nur 119 Millionen im Durchschnitt der letzten

5 Jahre an Zöllen jährlich erhoben hat, Frankreich die Summe von 177 Millionen in den Jahren 1873—1876 erhoben habe. Als ich diese Ziffern las, kam mir der Gedanke, mich doch zu fragen, wie es denn mit Frankreich vor dem Kriege gewesen sei? Ich schlug die Tabellen der französischen Zollstatistik nach und fand nach dem Ausweis der «documents statistiques publiés par l'administration des Douanes» etc., daß in dem Jahre vor dem Kriege Frankreich eine Zolleinnahme hatte, welche hinter unserer gegenwärtigen zurückbleibt. Wenn ich die Zahlen der drei Jahre 1867, 1868 und 1869 richtig berechnet habe, so trugen im Durchschnitt die Einfuhrzölle jener Jahre nur ein 121 500 000 Fr. und in Mark übersetzt 98415000, — eine Summe also, die außerordentlich weit hinter der Summe von 177 Millionen, die jetzt aufgebracht wird, zurückbleibt. \*) Sollen wir uns also überführen lassen von der Zahl, die man uns heute entgegenhält, so heißt das mit dürren Worten so viel: Es ist ganz einerlei für die Finanzen eines Landes, ob eine Nation in einem großen Kriege siegt oder besiegt wird, es ist ganz einerlei für sie, ob sie 5 Milliarden zahlen muß oder ob sie 5 Milliarden empfängt. Unsere ideale Aufgabe der Zollpolitik ist, uns auf den Fuß der Zölle hinaufzuschrauben, die das Land aufbringen muß, seitdem wir es besiegt und ihm 5 Milliarden entzogen haben. — Das ist in nuce die Theorie, die hier vorgetragen wird. (Lebhafter Beifall.)

Nicht minder auffällig, m. H., muß es unter diesen Umständen sein, daß man in demselben Athem, in dem man uns empfiehlt, eine Menge von Artikeln mit Zöllen zu belegen, in dem man uns auf die französische Fiscalität verweist, sofort uns auch die englische Zahl und Englands Beispiel vorhält. Man kann sich das englische Beispiel unter gewissen Modificationen gefallen lassen; der Reichskanzler hat es ja selbst vor noch nicht langer Zeit uns empfohlen. Aber wenn das der Fall, wenn die englische Praxis die gute ist, wenn sie beweist, wie man ver-

\*) Das Ergebniss auf den Kopf wäre, selbst wenn man unsere Zolleinnahme auf Tabak, die in Frankreich nicht bei den Zöllen verzeichnet ist, mit in Betracht zieht, dies, daß Frankreich vor dem Krieg nur 12 Pf. mehr auf den Kopf an Eingangszöllen erhoben hätte, als wir heute thun. Aber alle in der Anlage des Schreibens vom 15. Dec. gemachten Zusammenstellungen leiden an Einseitigkeit. Man müßte Zölle und Verbrauchsabgaben überall summiren, um vergleichen zu können.

fahren muß, dann sollte man auch vorschlagen es zu machen wie England, dann sollte man nur wenige Artikel, wie in England, mit Zöllen belasten — es brauchen nicht gerade dieselben zu sein — ich meine aber eine geringe Anzahl von großen Stapelartikeln. Wenn wir Englands Beispiel anrufen, dann wollen wir nicht e contrario zu dem Schluß kommen, wie später vorgeschlagen wird, alle möglichen Dinge, die in das Reich eingehen, mit Zöllen zu belasten, d. h. das Gegentheil zu thun von dem, was die Engländer uns zeigen. — Soweit die Berufung auf die Beispiele anderer Völker.

Ich gehe nun über zu demjenigen Theile, welcher sich mit der sachlichen Motivirung der vorgeschlagenen Reform befaßt. Es wird hier der Vorzug der indirecten vor der directen Steuer gepredigt. Wie gerade gestern die Nationalzeitung in ihrem Leitartikel mit Recht hervorhob, ist diese Frage wahrlich nicht eine solche, die man eben mit Verkündigung neuer Wahrheiten nach der einen oder andern Seite vortragen kann; sie war von je das Steckenpferd aller Staatslehrer, die sich mit den Steuerfragen abgegeben haben. Es kann unmöglich verlangt werden, daß sie in wenigen Zeilen mit überraschender Begründung gelöst werde. Ich will es dahingestellt sein, ja sogar, ich will es mir gefallen lassen, daß der Vorzug der indirecten Steuern anerkannt werde; ich will auch zugeben, daß der Umstand, welcher hier als der einzige ausschlaggebende erwähnt ist, von Wichtigkeit sei bei der Abwägung der Vortheile und Nachtheile beider Systeme, nämlich der Umstand, daß der Druck der indirecten Steuer aus gewissen Gründen im Ganzen weniger vom Steuerzahler empfunden werde. Aber, m. H., ist das überhaupt ein Maßstab, nach dem man ausschließlichs über Steuersysteme entscheiden kann? Würde man ein Steuersystem annehmen dürfen, von dem erwiesenermaßen sich aufdrängte, daß es wirthschaftlich die Nation schädigt, daß es ihre Productivität untergräbt, daß es factisch eine Ungerechtigkeit in der Vertheilung enthält, — würde man es dennoch anwenden dürfen, bloß weil es der äußeren Empfindung nach dem einzelnen Steuerzahler im Augenblick der Erhebung weniger Schmerz macht? Wäre ein Blutverlust für einen Menschen deswegen weniger bedenklich, weil man ihm dies Lebens- element im bewußtlosen Zustand entzöge, etwa nachdem man ihm einen Schlaftrunk beigebracht hätte? Würde ein Verfahren nicht

überhaupt zur Absurdität führen, bei dem man von dem Gesichtspunkte ausginge, daß es nur darauf ankäme, wie weit im Augenblick ein Schaden gefühlt wird oder nicht? Nein, m. H., man muß ein Argument nicht dadurch umbringen, daß man ihm zuviel zumuthet, und das ist in dem gegenwärtigen Falle geschehen.

Nun wird aber mit diesem Princip der Bevorzugung der indirecten Steuer sofort ein riesengroßer Plan verbunden. Die Absicht geht, wie uns das Schreiben verkündet, darauf hin, daß alle diejenigen durch die bevorstehende Steuerreform erleichtert werden sollen, welche ein Einkommen bis etwa 6000 *M* besitzen. Machen wir uns ein wenig klar, meine verehrten Herren, um was es sich also bei diesem Reformplan zunächst für Preußen handelt. Sämmtlichen Zahlern der Klassensteuer, nehme ich stillschweigend an, sollen ihre Lasten wenigstens in gleichem Verhältniß erleichtert werden, wie den Besitzern von Einkommen bis zu 6000 *M*. Ja, wenn ich einem berühmten Artikel der Provinzialcorrespondenz, der zur Zeit der Wahlen veröffentlicht und emsig vertrieben wurde, einige Autorität beimessen darf, so sollen gerade in erster Reihe sämmtliche Steuerzahler der Klassensteuercategorie erleichtert werden. Erleichtert sollen werden ferner nach der Verkündigung unseres Schreibens diejenigen, welche es als die eigentlichen Mittelklassen bezeichnet, die Personen, welche zwischen 3000 und 6000 *M* jährliche Einkünfte haben. Nun wollen wir doch einmal sehen, wie sich das in Zahlen ausdrücken läßt. Steuerzahler mit mehr als 6000 *M* Einkommen giebt es im Ganzen in Preußen 48 083, — nicht Seelen, sondern steuerpflichtige Zahler, Censiten, theils Einzelbelastete, theils Vorstände von Haushaltungen. Nehme ich nun vorerst die Ziffer derer, die erleichtert werden sollen, die Mittelklassen, auf welche diesmal die Sonne der höchsten Absichten mit besonderem Wohlgefallen scheint, so finde ich die Ziffer von 119 224 an solchen, welche zwischen 3000 und 6000 *M* Einkommen haben. Zu ihnen muß ich noch die Steuerpflichtigen der Klassensteuercategorie hinzurechnen; es sind dies 5 116 555, zusammen mit den eben genannten 119 224 der Mittelklasse Angehörigen 5 235 779 Steuerpflichtige, welche — die Einen sagen um 70, die Andern um 100, Andere um noch mehr Millionen — für die Zukunft erleichtert werden sollen. Und wer hätte diese Erleichterung zu tragen? Nach unserem Schreiben die 48 083, welche mehr als 6000 *M* jährliches Ein-

kommen haben. Diese oberen 48000 sollen mit ihren Mitteln ersetzen, was an Erleichterung zu schaffen wäre für die 5235779! Das heisst, jede Einheit, welche Einem dieser Steuerzahler abgenommen wird, soll in Zukunft mehr als ver Hundertfach auf Jeden fallen, der mehr als 6000 *M* jährliche Einkünfte hat. Ich möchte wissen, ob gegenüber diesen Zahlen Jemand die hier versprochene Erleichterung für ausführbar hält.

Aber, m. H., auch diese Gegensätze sind an und für sich nicht einmal so auffallend wie der Schluß, der in unmittelbarem Zusammenhang mit dem eben entwickelten Plan in dem Schreiben vorgetragen wird. Weil diese oberen 48000 belastet werden sollen zu Gunsten der  $5\frac{1}{4}$  Millionen Anderen, aus diesem Grunde soll geschehen: Was? «Es soll aus diesem Grunde eine Revision des Zolltarifs auf möglichst breiter Grundlage beginnen», — d. h. diejenige Operation, die nur dann einen Sinn haben kann, wenn sie auf die ganze Masse des Consums geworfen wird. Was heisst eine Revision des Zolltarifs auf breitester Grundlage, namentlich in der Weise, wie wir sie später ausgeführt sehen, — wenn sie nicht den Sinn hat, dafs sie auf den grossen Massenverbrauch geworfen, d. h. dafs sie also getragen werden soll gerade von der breiten Schichte des Volkes, gerade von denen, die zu entlasten zu Ungunsten der Reichen als ein Ideal der Reform hingestellt wird? Wahrlich, wenn jemals das Wort, dafs ein vollkommener Widerspruch gleich geheimnissvoll ist für Weise wie für Thoren, am Platze war, so ist es bei diesem gleichzeitigen Vorbringen einer Finanzreform, welche im Vordersatz die Lasten allein auf die 48000 Höchstbesteuerten werfen will und im Nachsatz durch einen Massenzoll gerade die weniger Bemittelten unvermeidlich treffen mufs. Das ist ja bekannt, dafs eine Besteuerung der grossen Masse nur als Kopfsteuer wirkt, dafs auch der Reichste von den nothwendigsten Dingen verhältnissmäfsig nicht viel mehr, sondern nur in besserer Qualität verbrauchen kann als der wenig Bemittelte. Wollte man auf den Gedanken eingehen, der hier in dem Schreiben ausgesprochen ist, dafs die  $5\frac{1}{4}$  Millionen Steuerzahler erleichtert werden sollen, während die 48000 Höchstbesteuerten die Last allein auf sich zu nehmen hätten, dann müfste man wohl gerade den entgegengesetzten Weg einschlagen, dann müfste man die von den radicalen Steuerreformern empfohlene Methode befolgen, welche

behaupten, die einzige gerechte Steuer sei die directe und zwar die directe progressive Steuer. Wenn man die oberen reichen Klassen allein mit Sicherheit treffen wollte, dann allerdings müßte man directe und zwar progressive directe Steuern machen; aber indirecte Steuern und Massenverzollung mit gleichzeitiger Verschonung der breiten unteren Schichte ist geradezu eine *contradictio in adjecto*, ein Widerspruch in sich selbst. (Bravo!)

Es kommt nach dieser Deduction ein Abschnitt, der sich mit der constitutionellen Seite der Frage befaßt und den ich daher als nicht in das Gebiet unserer Gesellschaft gehörend übergehe.

Das Schreiben geht nun des ferneren von der dogmatischen Begründung der Zollreform zu der historischen über, und es wird uns gesagt, daß wir zurückkehren müssen zu den Grundsätzen, welche die Zollgesetzgebung des Jahres 1818 ausgesprochen habe. Ich weiß nicht, m. H., ob es Ihnen ergangen ist wie mir, aber als ich diese Worte in einem Schreiben des Reichskanzlers las, des Mannes, welcher, wie nur je ein Sterblicher unseres Jahrhunderts, Neuerungen in die Welt gesetzt und Altes zerstört hat, als ich mit dessen Unterschrift versehen die Aeußerung las, daß wir zurückgreifen müssen zu der Jahreszahl 1818, hätte ich ausrufen mögen, daß ein mehr befremdender Anachronismus mir vielleicht niemals vorgekommen sei. Uns zurückverweisen auf die Verhältnisse von 1818, — denken Sie, vor Erfindung der Dampfschiffe, der Eisenbahnen, des Telegraphen und der hunderttausend Dinge, die in diesen 60 Jahren die Welt von Grund aus und namentlich auf dem Gebiet des Verkehrs geändert haben! Gemahnt das nicht an die Anekdote, die ein moderner Chronist von jenem Kurfürsten von Hessen erzählt, der nach Vertreibung des Königs von Westfalen in seine ererbten Staaten wieder eingesetzt, am ersten Tage Morgens in aller Frühe, wie er vordem gewohnt gewesen, seine Runde durch den Schloßspark macht und die dastehende Schildwache fragt: «Ist seit meinem letzten Umgange nichts Neues vorgekommen?» (Heiterkeit) worauf die Schildwache ehrerbietig antwortet: «Nein, Hoheit, gar nichts Neues.» (Große Heiterkeit.)

Aber, m. H., selbst wenn wir uns zu jenem Anachronismus der Form nach bequemen wollten, so müßten wir uns doch dem Inhalte nach dagegen verwahren, daß man den Männern von 1818 als in ihrem Geiste geschehend es aufzubürden versucht, wenn

man jetzt auf jenen Zolltarif mechanisch zurückzugreifen vorschlägt. Könnten jene Männer ihre Stimme aus dem Grabe erheben, sie würden laut Verwahrung dagegen einlegen, daß man zurückkehre zum Merkantil-, zum Schutzsystem, sich berufend auf ihre großen, verehrten Namen. Nein, m. H., die Männer, welche 1818 gemacht haben, sie sind es nicht, auf welche sich die neueste Zollpolitik des Reichs berufen kann. Noch heute hat die Neue Preussische Zeitung, die überhaupt in dieser Frage außerordentlich Verdienstliches zur Aufklärung des Publikums leistet, in einer höchst lesenswerthen Darstellung gezeigt, auf welche Weise der Tarif von 1818 in die Welt kam, wie namentlich die preussischen Minister bei Friedrich Wilhelm II. schon immer angekämpft hatten gegen die unseligen Folgen des Merkantilismus, der von Friedrich II. eingeführt worden war; wie der nüchterne hausväterliche Sinn Friedrich Wilhelm's III. und namentlich des General-Steuerdirectors Maafsen volkswirthschaftliche Einsicht dazu drängten, die unendlichen Steuerbände, die damals den preussischen Staat nicht bloß umschlangen, sondern auch durchzogen, endlich zu brechen und einmal aufzuräumen mit den schwersten Hindernissen, den inneren Provinzialzöllen, den unbedingten Einfuhrverboten, mit den zahllosen verschiedenen Zöllen, die zu unerschöpflichen Plackereien führten; und wie, um für diesen Fortschritt, auf den Huskisson in England als auf ein gutes Vorbild hinwies, Raum zu gewinnen, ein Tarif geschaffen wurde, der wenigstens ein einfaches und mäßiges Zollsystem um ganz Preußen legte.

Es ist auch ferner, meine geehrten Herren, thatsächlich durchaus nicht richtig, wenn behauptet wird, daß jener Tarif von 1818 alle Gegenstände mit Steuern belastet habe. Es waren schon im Tarif von 1818 26 Artikel vollkommen zollfrei, und es befanden sich darunter höchst wichtige Producte, namentlich der Landwirthschaft, als da sind Holz, Lohe, Futter, Kartoffeln, ja es war darunter Rohleinen und Roheisen, — Artikel, auf die erst im Verlauf späterer Zeiten allmählich niedrige Zölle gelegt wurden. Noch weitere Reformen dieser Art wurden nicht erst im Jahre 1865 eingeführt, das, wie es scheint, jetzt als Unglücksjahr in unserer Zollpolitik gekennzeichnet werden soll, — sondern schon der Zolltarif von 1833 brachte wieder eine Erweiterung der Einfuhr, und als im Jahre 1853

der Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich abgeschlossen wurde, befreite man eine endlose Reihe von Artikeln gänzlich vom Einfuhrzoll an der österreichischen Grenze, eine so große Reihe, daß sie in dem Gesetzblatt vier dicht gedrängte Seiten einnimmt.

Sie sehen also, m. H., daß es vollkommen unberechtigt ist, die Meinung zu verbreiten, als wäre der Tarif von 1818 ein schutzzöllnerischer, einer auf alle Artikel gewesen, und als hätte er sich bis zum Jahre 1865 vollkommen stationär erhalten.

Nachdem ich Ihnen so glaube erwiesen zu haben, daß auch die thatsächlichen Angaben, welche über die historische Entwicklung des Zollvereins in dem Schreiben niedergelegt sind, nicht zutreffen, muß ich zu den eigentlichen doctrinären Anschauungen kommen, die in demselben ausgesprochen werden. Dieselben verkünden zunächst, daß von denjenigen Dingen, die nach der Generalanschauung des Verfassers sammt und sonders mit Zöllen zu belegen seien, etwa nur gewisse Rohstoffe auszunehmen wären. Es wird namentlich auf die Baumwolle hingewiesen, es wird aber schon hier ganz beiläufig mit der Geschicklichkeit, die in solchen Dingen oft zur Anwendung kommt, gleich auch an einem Beispiel gezeigt, daß man beabsichtigt, Viehzölle einzuführen. Ich möchte nun, daß mir irgend ein Zollgelehrter erklärte, inwiefern rohe Baumwolle ein Rohstoff ist, den die Industrie und die Production des Landes für ihre Arbeit nothwendiger brauchen, als Nahrungsmittel? Ich möchte wissen, ob Nahrungsmittel nicht der unbedingtste und generellste Rohstoff sind, den überhaupt eine Bevölkerung braucht, wenn sie arbeiten will. Allerdings hat bis jetzt wenigstens noch Niemand vorgeschlagen, durch Schutzzölle unser Klima für die Pflanzung von Baumwolle geeignet zu machen, aber ich möchte wissen, ob man nicht noch eher alle Baumwolle entbehren kann, als Brot und Fleisch in zureichender Menge. Es wäre noch eher denkbar, die Baumwolle zu verzollen und dadurch zu vertheuern, als ohne genügende Zufuhr von Brot und Fleisch die Volksarbeit erhalten zu wollen. Und da ganz offenkundig die nächste Tendenz dieser angeblichen Reform darauf hinausgeht, die Nahrungsmittel durch Zölle zu vertheuern, so meine ich, daß man auch weder die rohe Baumwolle noch irgend einen andern Gegenstand davon ausnehmen könnte, diese Zoll-

pflicht zu erfüllen, wenn doch einmal es die natürliche Schuldigkeit jedes über die deutsche Grenze kommenden Gegenstandes wäre, der Zollbehörde seinen Tribut zu entrichten.

Wie steht es nun aber mit unserer Ernährung? Wie würde es sich damit gestalten? Ich will nur diesen einzigen Punkt herausgreifen, und habe natürlich nicht die Zeit, mich hier in Einzelheiten zu vertiefen, aber weil die Frage der Verzollung der Nahrungsmittel so außerordentlich wichtig ist und so sehr im Vordergrund der Debatten steht, muß ich noch einen Augenblick bei derselben verweilen. — Deutschland hat in den letzten 6 Jahren, wenn ich die Tabellen, die unser verehrtes Mitglied Herr Geheimrath Engel soeben veröffentlicht hat, richtig nachgerechnet habe, durchschnittlich an Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und dergl. etwa eine Mehreinfuhr von 24 Millionen Centnern nöthig gehabt. Daneben giebt aber die innere Produktion z. B. des Jahres 1878 eine Gesamtsumme von 250 Millionen Centnern. Was wäre nun die nothwendige, unvermeidliche Folge eines Zolles auf Nahrungsmittel? Es würde der Staat Vortheil ziehen von dem Zoll der 24 Millionen, die eingehen; von den 250 Millionen, die durch den Zoll im Preis erhöht würden, käme der Vortheil Andern zu Gute, denen die Gesamtheit damit steuerpflichtig würde, und um dem Staat z. B. 10 Millionen an Getreidezöllen zuzuwenden, müßten wir 100 Millionen abgeben, die nicht dem kleinen Bauer, sondern zunächst dem großen Grundbesitzer und dem Capitalisten zu Nutzen kämen, welche die Bodenrente erheben, aber auch diesen nur scheinbar, weil die allgemeine Lebensvertheuerung sie wieder um ebensoviel schädigen würde. Ueberdies würde die Nation zuerst diese Zölle wieder abwerfen.

Es ist mir unbegreiflich, wie das Reich in demselben Augenblick, da es stolz darauf ist, ein Reichsgesundheitsamt einzusetzen, und da es einen bis in die schärfsten Einzelheiten ausgearbeiteten Gesetzentwurf einbringt, der dafür sorgen soll, daß Niemand irgendwie durch ein gefälschtes Nahrungsmittel in seiner Gesundheit beeinträchtigt werde, — wie grade dies Reich auf den Gedanken verfallen kann, die ersten Nahrungsmittel zu vertheuern, d. h. schwerer zugänglich zu machen, d. h. die ersten Bedingungen der Gesundheit des Volkes von Grund aus zu schädigen. (Bravo!)

Es ist wirklich ein wunderbares Spiel des Zufalls, daß mein sehr verehrter Freund Dr. Löwe, derselbe Mann, der sich rühmen

kann, das Reichsgesundheitsamt mit in's Leben gerufen zu haben, auch als Geburtshelfer Beistand leistete, als die Reichs-Regierung von dem Project entbunden wurde, das Volk mit einem Zoll auf die nothwendigsten Nahrungsmittel zu belasten d. h. die Urbedingungen seiner Gesundheit zu schädigen. (Bravo!)

M. H.! ich will nicht davon sprechen, wie der Getreidehandel, einer der wichtigsten Factoren für die regelmässige Versorgung der Bevölkerung, in seiner gesunden Bewegung gefährdet würde durch einen hohen Zoll, eine Bewegung, welche auch für den inländischen Producenten und sein dauerndes Fortkommen nichts weniger als gleichgültig ist. Gerade die Grosgrundbesitzer hängen in der Verwerthung ihrer Ernten von der freien Bewegung des Getreidegeschäfts mit ab und würden den Nachtheil einer Unterbindung dieses Verkehrs bald schmerzlich empfinden. Wir preisen unser Jahrhundert nicht am wenigsten deswegen, weil es die Hungersnoth in den mit den modernen Verkehrsmitteln ausgestatteten Ländern unmöglich gemacht hat, weil die leichte Verbindung dem Getreidehandel erlaubt, von Land zu Land jeden Augenblick die Vorräthe zu bringen, welche vor dem Unglück einer Hungersnoth bewahren, wie sie die weniger civilisirten Länder Indien und China noch in unsern Zeiten in gräfslichster Gestalt erlebt haben. Diese glückliche Bürgschaft für die allgemeine Lebenserhaltung, welche ihre Grundbedingungen in der Elastizität und Vervollkommnung des Handels mit Nahrungsmitteln hat, würde beträchtlich gestört, wenn ein Zoll auf Getreide gelegt würde. Wer wird noch Getreide in ein Land führen, wenn er fürchten mufs, dafs in einem gegebenen Augenblick er es nicht mehr aus dem Lande bringen kann, ohne den Zoll zu verlieren, der darauf gezahlt wurde? Dadurch wird jeder Handel in diesen Massenproducten gelähmt. Entschliesst sich der Kaufmann zu Anschaffungen erst, wenn er ganz bestimmt annehmen kann, die verzollte Waare im Inland abzusetzen, so wird er sich bei heraufziehenden Theuerungen zu Käufen im Ausland später entschliesfen als bei freier Bewegung, er wird also, wenn er hinter einer Zolllinie sitzt, für den allgemeinen Bedarf zu höheren Preisen sorgen, als wenn die Speculation nicht mit dem Nachtheil des Zollverlustes bei Wiederausfuhr bedroht wäre.

Meine geehrten Herren! dürfte ich bei diesem interessanten Punkt länger verweilen, der wohl einer besonderen Behand-

lung werth ist, so würde ich von der Ernährung der Menschen auf die Erhaltung und Verbesserung des Viehstandes übergehen müssen, z. B. auf die große Rolle, welche in der Fütterung die Oelkuchen spielen, ihren Zusammenhang mit dem Handel in Oelsaat und mit der Oelmüllerei. Eine Beschränkung des Handels mit Oelsaat durch Auflegung eines Zolls auf diesen Artikel würde den Consum der ohnehin noch nicht genügend zur Anwendung kommenden Oelkuchen und das Mühlengeschäft auf's Empfindlichste schädigen. Ich würde Ihnen ferner zeigen müssen, wie die Erhaltung und Verbesserung der Fleischproduction darauf beruht, daß von auferhalb mageres Vieh eingeführt, gemästet und in den Handel gebracht werden kann.

Ich habe mich bei dieser Sache etwas länger verweilt, weil sie so auferordentlich wichtig ist, weil sie den Mittelpunkt der Discussion im künftigen Reichstag bilden wird. Lassen Sie mich jetzt, wenn auch nur kurz, das eigenthümliche Argument besprechen, welches im Schreiben vom 15. December mit der Behauptung eingeführt wird, daß Mehrkosten für die Verwaltung und Mehrbelästigung für den Verkehr durch die Ausdehnung des Zolles auf sämtliche Artikel nicht entstehen. Diese Behauptung ist im höchsten Grade überraschend und ich will sofort hinzufügen, daß ich sie für durchaus irrig halte. Vergleichen wir doch auch hier einmal die Ziffern. Ich habe die Zahlen derjenigen Centnermassen zusammengenommen, welche augenblicklich verzollt werden, und sie geben, gerade nach der dem Schreiben angehängten Tabelle, den Totalbetrag von 14 874 338 Ctrn. Es sind in dieser Tabelle, wie ich hier beiläufig bemerken will, einige Versehen vorgekommen, was ich ihr zwar nicht zum Vorwurf machen will, was aber doch die Eile verräth, mit der zur Zeit in diesen Dingen verfahren wird. Eine Zahlentabelle, welche als Ueberführungsstück einem so wichtigen Schreiben angehängt ist, sollte zum mindesten, ehe sie der Oeffentlichkeit überliefert wird, mit Aufmerksamkeit durchgesehen werden. So figuriren auf S. 8 unter den eingeführten Waaren im Jahre 1877 an Platinametall 40 000 Ctr.! (Große Heiterkeit). Ich weiß nicht, ob so viel Platina in der Welt existirt, und daneben ist angegeben, daß es einen Werth habe von 20 *M* per Ctr. (Heiterkeit). M. H., wenn wir das Glück gehabt hätten, 40 000 Ctr. Platina zu 20 *M* zu kaufen, so würden wahrscheinlich die Schutzzöllner Ach und

Weh darüber schreien, daß wir eine so große Einfuhr von Platina hätten, obwohl wir uns nur Glück dazu wünschen könnten. Es ist aber ein Versehen, es sind nur 20 Ctr. hereingekommen, wovon der Centner 40 000 *M* werth ist. (Heiterkeit). Aehnlich verhält es sich weiter mit den Eisenbahnfahrzeugen, welche aufgeführt sind mit einem Gewicht von 1038 Ctrn., während bei Vergleichung der Tabellen des statistischen Amtes sich herausstellt, daß es 1038 Stück Eisenbahnfahrzeuge sind.

Ich komme jetzt auf meine Zahlen wieder zurück. Es sind verzollt worden i. J. 1877 14 874 000 Ctr.; es sind aber an nicht-verzollten Waaren eingegangen 296 000 000 Ctr. Also, m. H., es behauptet das Schreiben nichtsdestoweniger, daß die Vermehrung von circa 14 Millionen Ctr. auf 296 Millionen Ctr. oder auch nur auf die Hälfte, d. h. also etwa 150 Millionen Ctr. zu verzollender Waaren stattfinden könne, «ohne erhebliche Mehrkosten oder Belästigungen zu verursachen». Ich möchte den Tausendkünstler sehen, der im Stande wäre, dieses Wunder zu wirken. (Heiterkeit.) Mir scheint, bis jetzt steht fest, daß, wo eine Waare verzollt werden soll, sie gewogen, controlirt werden muß, daß bis jetzt — da doch das Deutsche Reich, wie man annehmen darf, keine Verschwendung mit Zollbeamten treibt — so viel Zollbeamte angestellt, Zollanstalten von solchem Umfang eingerichtet worden sind, als nöthig erschien, um 14 Millionen Ctr. zu verwagen und zu controliren, und daß sie verzwanzigfacht oder verzehnfacht werden müßten, wenn in Zukunft 296 oder 148 Millionen Ctr. controlirt und auf die Waage gebracht werden sollten.

Noch mehr aber, m. H., als die Masse der Unkosten, die dadurch entsteht, fällt in's Gewicht die Belästigung und der ungeheure Zeitverlust, welche den Handel und Verkehr durch solche Anstalten treffen. Eine geringe Abgabe an der Grenze trägt der Kaufmann noch eher mit Geduld, als er sich der Plackerei und dem unberechenbaren Zeitverlust unterwirft, den die Visitation ganzer Eisenbahnzüge und großer Ladungen nöthig macht. Ich bin fest überzeugt, daß der Schaden, der an Belästigung durch dieses neue Zollsystem herbeigeführt würde, viel größer wäre als derjenige Schaden, der bloß durch die Mehrkosten entstände.

Ein neuer Abschnitt des Schreibens beschäftigt sich mit dem Gedanken, daß zwar dahin gestellt bleiben solle, ob ein Zustand

vollkommener gegenseitiger Freiheit des internationalen Verkehrs dem Interesse Deutschlands entsprechen möchte; so lange aber die meisten der Länder, auf welche wir mit unserem Verkehr angewiesen sind, sich mit Zollschranken umgeben, erscheine das Freihandelsystem bei uns nicht gerechtfertigt. Hier haben wir es, so weit meine Erfahrung reicht, mit dem beliebtesten und meist verbreiteten von allen Argumenten, welche die Schutzzöllner im Munde führen, zu thun. Es heisst da immer: mit eurer idealen, menschenliebenden Zollfreiheit — so wird nämlich gesagt, wenn nicht gesagt wird, dafs wir von England bezahlt werden, was ja auch vorkommt (Heiterkeit) — welchen Illusionen gebt ihr euch Preis! Die anderen Länder sind ja alle mit Zollwällen umgeben. — Hierin liegen nur zwei grofse Irrthümer. Erstens ist es nicht wahr, dafs die anderen Länder alle mit Zollschranken umgeben sind, und zweitens ist es nicht wahr, dafs wir Freihandel haben. Ganz desselben Kalibers ist die so weit verbreitete Redewendung dafs uns der Freihandel ruinirt habe. Welcher Freihandel denn? Etwa der Freihandel, der noch eine Zolltabelle von 44 Hauptpositionen mit 139 Unterabtheilungen für unzählbare Artikel aufweist, der im Princip alle wichtigen Artikel, alle nicht unbedingt für die Ernährung und die Verarbeitung zur Fabrikation nöthigen Rohstoffe mit Zöllen belegt? Wer kann denn behaupten, dafs wir Freihandel hätten? Wer kann behaupten, dafs überhaupt eine Partei bei uns Freihandel verlangte? Was ist denn bei uns in den letzten Jahren aufser der geringen Abschaffung der Eisenzölle und ganz weniger Erleichterungen auf andere Artikel für die Zollfreiheit geschehen, insbesondere seit dem Handelsvertrage mit Oesterreich? Man kann nicht entfernt behaupten, dafs wir Handels- und Zollfreiheit bis jetzt gehabt haben, folglich dafs die Schäden, über die man sich beklagt, von der Handelsfreiheit herkommen, noch können wir behaupten, dafs die anderen Länder sammt und sonders uns Schutzzölle entgegenstellen.

Zunächst — ich brauche doch wahrlich Bekanntes hier nicht zu wiederholen — England, über das man sich am meisten beklagt, England, von dem ein Sachverständiger in der Eisenenquôte aussagte, es sei so gefährlich, dafs, selbst wenn Rußland, die Schweiz, Oesterreich, Frankreich, Italien alle ihre Zölle auf Eisen radical abschafften, wir dennoch Schutz brauchten, so lange England Eisen producire, — dieses England hat doch keinen

Schutzzoll uns gegenüber! Also das Argument des allgemeinen Schutzzolls hat hier eine empfindliche Lücke.

Wahr ist allerdings, dafs im Augenblick eine schutzzöllnerische Strömung durch die Länder geht. Aber, m. H., wenn wir ehrlich sein wollen, so müssen wir gestehen, am meisten sind als Urheber dieser schutzzöllnerischen Strömung zu nennen gewisse Mitglieder der deutschen Reichsregierung und gewisse Mitglieder des deutschen Reichstages. Deutschland galt in der Welt immer als das Land, welches — nächst England — dem Freihandel am meisten zuneige, als das Land in dem diese Principien am klarsten und von hochgestellten und angesehenen Männern vertreten werden. Natürlich muß es einen großen Eindruck auf die Welt machen, wenn nun von dem höchststehenden Manne Deutschlands, gestützt auf eine große Anzahl von Mitgliedern der Volksvertretung, verkündet wird: es ist umzukehren, wir müssen zum Schutzzoll zurückkehren. Dürfen wir uns darüber wundern, wenn es dann die anderen Länder ebenfalls thun? Deutschlands Beispiel wirkte sogar auf die anderen Länder viel ansteckender als dasjenige des Herrn Thiers auf das von ihm regierte Land selbst gewirkt hat. Zur Zeit, als Thiers an der Spitze der französischen Republik stand, versuchte auch er, einen Massenzoll auf Rohproducte einzuführen. War er doch von jeher Schutzzöllner und überhaupt ein Vertreter altüberkommener Anschauungen, der sich auch seiner Zeit gegen die Erbauung von Eisenbahnen gewehrt hatte. Thiers drang nicht durch, obschon in Frankreich die schutzzöllnerischen Tendenzen viel mehr zu Hause sind als bei uns und obgleich er damals nicht blofs an der Spitze der Republik stand, sondern auch im Strahlenglanze eines Befreiers des Vaterlandes.

Es mußte erst die Autorität des deutschen Reichskanzlers und des deutschen Reiches hinzukommen, um jene Strömung des Schutzzolls in der Welt zu entfesseln, die jetzt zerstörend über die ganze Erde einherbraust. M. H., wir haben bereits die Wirkungen dieser schutzzöllnerischen Strömung erlebt, wir haben sie erlebt in dem unseligen Ausgange der Verhandlungen mit Oesterreich. Ich will nicht behaupten, dafs die deutsche Regierung allein, nicht einmal, dafs sie vorzugsweise die Schuld trage an dem, was sie selbst merkwürdigerweise verschiedene Male in den officiellen Schriften ein Scheitern der Unterhandlungen nennt. Aber

dafs sie nicht ganz unschuldig ist an diesem Scheitern, das werden wir im Reichstag beweisen, und wir haben das Bekenntnifs bereits, habemus confitemur, in dem Schreiben des Reichskanzlers an Herrn von Varnbüler vom 25. October v. J. In demselben finden Sie Stellen, welche gar nicht daran zweifeln lassen, dafs es nicht gegen den Sinn der deutschen Reichs-Regierung war, wenn die Verhandlungen zum Scheitern gekommen sind.

Dieses unser Beispiel hat schädlich auf Oesterreich gewirkt; es hat schädlich auf Frankreich und auf Italien gewirkt. Wie unser eignes Vorgehen den Schutzzöllnern des Auslandes in die Hände arbeitet, ist auf eine ganz eigenthümliche Weise an der Beurtheilung zu erkennen, welche das Schreiben vom 15. December in der französischen Presse gefunden hat. Es haben die angesehensten Freihändler in Frankreich natürlich ihren Scharfsinn in Widerlegung der eigenthümlichen Argumente leuchten lassen, die ihnen das Schreiben mit allzu großer Freigebigkeit geliefert hat. Aber sie sind merkwürdig schonend dabei zu Werke gegangen, sie haben in verschiedenen großen Blättern zu zeigen gesucht, dafs dieses Schreiben gar so schutzzöllnerisch nicht wäre. Alles, was darin in schutzzöllnerischem Sinne gesagt worden ist, haben sie zu bemänteln und abzustumpfen gesucht. Warum? Aus ganz natürlichen Gründen: weil ihre eignen Schutzzöllner sich Waffen schmieden aus den Argumenten unseres Reichskanzlers, weil man fürchtet, dafs die Schutzzöllner, die schon ohnehin in Frankreich so stark sind, neue Kraft aus unserer Demonstration schöpfen, sich berufen werden auf den großen Mann, der das Deutsche Reich regiert, und auf die deutsche Nation, die so lange freihändlerisch gewesen sei. So deutlich ist zu sehen, dafs unser Beispiel nach aufsen verhängnissvoll gewirkt hat.

Das Schreiben verweist uns bezüglich einzelner Steuern, die noch eingeführt werden sollen, auf das Ergebnifs der Enquêtes. Ich will auf die Enquêtes heute nicht eingehen. Es wäre das auch ein interessantes Kapitel, welches mich ohne Zweifel zu weit führen würde, namentlich wenn ich mich über die Art auslassen sollte, wie diese Enquêtes eingerichtet worden sind, wie die dabei Betheiligten die Sache inscenirt, wie sie die verschiedenen zur Vernehmung Kommenden vorher zurecht gestutzt haben, — das Alles kann ich heute nicht erzählen. Nur das ist mir doch Bedürfnifs, hier einzuschalten, dafs ich bei Behandlung der Enquêtes

schon heute einen sehr scharfen Unterschied mache zwischen der Art, wie die Eisenenquôte, und der Art, wie die Enquôte über die Textilindustrie geführt worden ist. Alles, was ich von der Führung der Textilindustrie-Enquôte weiß, gereicht den hauptsächlich dabei Betheiligten zur höchsten Ehre. Mit großer Sachkenntnis und voller Unparteilichkeit haben sie sich ihres schwierigen Amtes entledigt. Ich bedaure, daß ich mich nicht mit gleicher Anerkennung über die äußern kann, welche bei der Eisenenquôte mitgewirkt haben.

Indem das Schreiben von dem Princip der Zölle auf einzelne sich aus der Enquôte ergebende Artikel zu dem Princip der allgemeinen Besteuerung übergeht, bedient es sich wiederum eines eigenthümlichen Arguments. Man sollte glauben, es würde uns an dieser Stelle aus wirtschaftlichen Gründen gezeigt, wie nützlich oder unschädlich es sei, sämtliche Güter, die in ein Land kommen, mit einem Zoll zu belasten. Aber von allem dem geschieht gar nichts. Die Art der Motivirung ist zu interessant für die richtige Beurtheilung der ganzen Reichspolitik in den letzten Jahren, als daß ich nicht um Erlaubniß bitten müßte, die Stelle hier zu verlesen:

«Schutzzölle für einzelne Industriezweige», so heißt es, «aber wirken, zumal wenn sie das durch die Rücksicht auf den finanziellen Ertrag gebotene Maß überschreiten, wie ein Privilegium und begegnen auf Seiten der Vertreter der nicht geschützten Zweige der Erwerbsthätigkeit der Abneigung, welcher das Privilegium ausgesetzt ist. Dieser Abneigung wird ein Zollsystem nicht begegnen können, welches innerhalb der durch das finanzielle Interesse gezogenen Schranken, der gesammten inländischen Production einen Vorzug vor der ausländischen Production auf dem einheimischen Markte gewährt.»

Sie sehen, m. H., zum Maßstabe dessen, was richtig und falsch in der Einführung eines Zollsystems sein soll, ist wieder nichts als der äußerliche Schein der Dinge genommen. Ob Neigung oder Abneigung vorhanden ist, ob man etwas gern sieht oder nicht, ob eine gewisse Abneigung wieder aufgehoben wird, wenn man etwas anderes thut, — das sind die Gesichtspunkte, nach denen diese tief in das innerste Mark des Volkes einschnei-

denden Mafsregeln beurtheilt werden sollen! M. H., ich kann nicht umhin, es auszusprechen: hier ist es nicht der Nationalökonom — die Engländer und Franzosen würden sagen, der ökonomische Politiker oder der politische Oekonom — sondern es ist der blofse Politiker, der überall in dieser Darstellung zum Vorschein kommt. Der augenblickliche Effect giebt den Ausschlag; alles kommt darauf an, wie eine Mafsregel auf die vorübergehende Stimmung des Volkes wirken möge, — ein Gesichtspunkt, der meines Erachtens in allen Dingen seine grofse Gefahren hat, der aber nirgends so gefährlich und verderblich ist, wie wenn es sich um Einrichtungen handelt, welche die Wirthschaft des Volkes auf lange Zeit mit ihren in's Unendliche weiter wirkenden Factoren umgestalten sollen. Hier darf nicht nach Neigung und Abneigung entschieden werden. Mag man vor einer belagerten Stadt über die Frage, wann man bombardiren solle, das sogenannte «psychologische Moment» mit zu Rathe ziehen, — wenn es sich darum handelt, dem eignen Volke seine wirthschaftliche Verfassung zu geben, dann müssen wir dieses psychologische Moment zurückweisen. (Bravo!)

Viel andre Gründe als diese blofs psychologischen sind hier nicht angegeben, nur wird hinzugefügt, dafs die Besteuerung sämtlicher Gegenstände ihre Ausgleichung in sich selbst trage. Es wird nicht ganz verheimlicht, dafs, wenn Zölle auf allen Dingen liegen, eine ziemlich weitgehende Vertheuerung herbeigeführt werden müsse, und es wird dann derjenige Theil der Bevölkerung, der zunächst diesen Zollaufschlag nicht beim Verkauf seiner Waaren wieder einbringen kann, damit getröstet, dafs man ihm auf andere Weise helfen werde. So ist namentlich in einem nicht zu verkennenden Wink den Beamten angedeutet, sowohl den Staats- wie Gemeindebeamten, dafs, wenn wir erst einmal mittelst der Zölle die unberechenbaren Einnahmen hätten, auch ihre Gehälter entsprechend erhöht werden müssten. Ich möchte nur wissen, wie diese Dinge vor sich gehen sollen. Zunächst also werden Zölle gelegt auf sämtliche Artikel, die hereinkommen. Nun werden natürlich alle, die diese Artikel verarbeiten, ihre Waare wenigstens um ebenso viel vertheuern. Diejenigen Leute, welche zwar nicht selbst zollpflichtige Stoffe verarbeiten, aber bis dahin ihre Einkäufe zu gewissen niedrigeren Preisen besorgt hatten, müssen, um auf dasselbe Niveau zu kommen,

ebenfalls die Preise ihrer Arbeit, resp. der von ihnen verkauften Producte erhöhen. Hier ist also eine zweite Kategorie — noch nicht von Consumenten, sondern Produzenten, die ihre Waare vertheuern muß. Dann kommt eine dritte Kategorie, das sind die Beamten, Rentner und unzähligen anderen Personen die gar nichts verkaufen, die sich also an keinem Käufer rächen können, wobei die Rentner vielleicht am ersten noch in höheren Capitalzinsen ihre Entschädigung finden, da der Schutzzoll das Capital vertheuert, wogegen die Beamten vom Staat einen Zuschlag erhalten müßten. Damit ist aber die Sache noch nicht erschöpft, wir haben auch ein Budget, wir haben eine Armee, wir haben auch eine Cavallerie, deren Pferde theurer gefüttert werden, wenn ein Zoll auf Fourage kommt, wir haben Bedürfnisse für unsere Marine und unser Heer, und unter diesen Bedürfnissen spielt das Eisen und das Leder eine gewaltige Rolle. Wir kommen also durch Erhöhung der Zölle nothwendig auch zu einem höheren Budget. Die öffentlichen Ausgaben von Staat und Gemeinde müssen um den ganzen Mehrbetrag der Erhöhung der Beamtengehälter, der Kosten für die Armee und für alle anderen Staats- und Gemeindebedürfnisse erhöht werden. Dann, wenn das Budget um so viel gestiegen ist, was sind die Folgen? Nothwendigerweise müssen die Steuern erhöht werden. Dann kommen wieder die Producenten, bringen uns Vergleiche, wie viel Steuern man in England, in Frankreich und in der Schweiz zahlt und wie viel man in Deutschland zahlen muß, und sagen: wir zahlen so viel mehr Steuern, folglich müssen wir auch so viel mehr Zölle haben. Dann geht das Lied von Neuem an, dann werden wieder neue Zölle aufgelegt. M. H., wenn Sie sich dereinst die Mühe nehmen wollen, die zahlreichen Protokolle der Enquêtes zu lesen, so werden Sie darin finden, daß eins der wesentlichsten Argumente, auf die man sich immer beruft, um Schutz gegen England zu haben, in der an sich sehr bestreitbaren Angabe besteht: der englische Arbeiter nähre sich wohlfeiler, die Getreide- und Fleischpreise seien zum Theil niedriger in England. Nun, m. H., wenn unsere Getreide- und Fleischpreise durch die Zölle nochmals erhöht werden, dann wird man wieder sagen, der englische Arbeiter werde abermals billiger genährt, folglich müssen wir abermals Zollerhöhung haben.

Und wohin führt das? das führt zunächst zu einer endlosen Vertheuerung. Aber, m. H., wer von Vertheuerung spricht

und dabei nur daran denkt, daß ein Ding gegen mehr Metall ausgetauscht werden muß, wenn es theurer geworden ist, sieht abermals die Dinge nur auf ihrer Oberfläche, dringt nicht in die Natur der Sache ein. Der Mehrbetrag an Geld, der für ein Ding bezahlt werden muß, ist wirthschaftlich genommen nur der Reflex der größeren Anstrengung, mit der das Ding erzeugt werden muß, der größeren Kosten, die zu seiner Herstellung nöthig sind. Die Wirkung des Schutzzollsystems ist die, daß Dinge, die bisher nicht bei uns erzeugt wurden, weil eine größere Kraftanstrengung dazu nöthig war, als um sie vom Auslande zu kaufen, nunmehr im Inlande erzeugt werden: daß mit Kraftverschwendung gearbeitet wird. Das ist der wahre Sinn der Vertheuerung. Die Steuerkraft des Volkes selbst wird durch die Hemmung der Production verringert; dann kommt zuletzt die Geldnoth. Und was geschieht dann? Da die theuren Preise nicht erlauben, Waaren in's Ausland zu führen, um das nöthige Metall herzubringen, um den größeren Geldvorrath, dem die höheren Preise entsprechen würden, zu beschaffen, so kommt man auf das schutzzöllnerische Auskunftsmittel: Papiergeld zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Als vor einiger Zeit im Deutschen Reichstag von der Vermehrung des ungedeckten Papiergeldes die Rede war, glaubte ich noch mit einem ungläubigen Lächeln und Achselzucken darüber hinweggehen zu können. Damals allerdings wagte auch noch Niemand ernstlich von Getreide- und Viehzöllen zu sprechen. Heute, wo man so unverfroren von Getreide- und Viehzöllen spricht, — ich muß gestehen, ich würde auch nicht mehr so ungläubig lächeln, aber umsomehr erschrecken, wenn Jemand davon spräche, daß wir uns dem System des Papiergeldes zuwenden und zur Beglückung der Nation die Notenpresse ohne Ende sollten arbeiten lassen. Möge Deutschland bewahrt bleiben vor dieser unvermeidlichen Consequenz, die wir in den Anschauungen unserer kühnsten Schutzzöllner bereits spuken sehen!

Es wird uns, m. H., noch schließlic als Beleg dafür, daß Schutzzölle unschädlich seien, auch der Umstand aufgeführt, wir hätten es ja erlebt, daß die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer die Preise der von ihr betroffenen Artikel nicht herabgebracht habe. Dieser Satz ist ja vielfach theils in humoristischer, theils in ernsthafter Weise discutirt worden. Ich glaube nicht,

dafs für die Wissenschaft, die staatsmännische und wirthschaftliche Beobachtung seine Richtigkeit feststeht. Ich hielte es in der That für sehr kühn, behaupten zu wollen, es sei wirklich erwiesen, dafs die Abschaffung solcher Verzehrzölle in den Gemeinden nicht mit der Zeit eine Erniedrigung auf die Masse der Dinge bewirkt habe. Ueberhaupt weifs ich nicht, wie man auf den Gedanken verfallen kann, als Regel aufzustellen: ob eine Sache mehr oder weniger koste bei der Anschaffung, wirke nicht auf den Preis, zu dem sie weiter verkauft werde. Wenn das wahr wäre, so sehe ich nicht ein, warum nicht jeder Mensch, der eine Strohhütte bewohnt, sich einen Palast bauen sollte. Wenn es nicht darauf ankommt, wie viel Auslagen nöthig sind, um eine Sache zu beschaffen, so hört jeder Mafsstab für die Verschiedenheit der Preise der Dinge auf.

Aber selbst zugegeben, jene Behauptung von der gänzlichen Wirkungslosigkeit des Wegfalls der Mahl- und Schlachtsteuer wäre begründet, würde das beweisen, dafs ein Zuschlag von neuen Abgaben, von Zöllen dieselben Verkäufer nicht bestimmen würde, ihre Preise um ebenso viel zu vertheuern? Gerade das Gegentheil ist der Fall. Weil der Producent, als der, welcher die concentrirte Einzelkraft darstellt gegenüber der in's Unendliche vertheilten und weniger ihre Interessen überwachenden Vielheit im Stande ist, wenn ihm eine Preiserniedrigung gewährt wird, diese für sich zu behalten, — aus demselben Grunde ist er doppelt stark, sobald ihm Ursache oder Vorwand gegeben wird durch neue Umlagen, diese sofort auf den Käufer zu wälzen; und zwar thut er dies nicht blofs in demselben Verhältnifs, sondern er benutzt die Gelegenheit nach oben abzurunden und noch mehr daraufzuschlagen. Auch dieses Argument mufs ich als absolut hin-fällig verwerfen.

Endlich, m. H., bliebe unter den Argumenten, die dafür angeführt sind, dafs wir nicht darunter zu leiden hätten, wenn Zölle auf neue Artikel gelegt würden, dasjenige, welches uns damit tröstet, dafs nicht wir diese Zölle bezahlen würden, sondern der Ausländer, der die Sachen nach Deutschland hereinbringt, und welches sich zur Beweisführung darauf beruft: man könne es schon daraus ermessen, dafs nicht wir unter den höheren Zöllen leiden, sondern nur das uns seinen Ueberflufs bietende Ausland, weil der ausländische Verkäufer sich ja darüber gräme, wenn wir

die Zölle erhöhen. Ich glaube, m. H., ich würde Ihre Zeit und Geduld mißbrauchen, wenn ich es für nöthig hielte, dieses Argument zu widerlegen; ich bedaure nur, daß es in diesem Schreiben figurirt und der auswärtigen Presse Gelegenheit gegeben hat, ihren Witz an dieser besonders schwachen Stelle unseres Textes besonders zu üben. Ich neige mich daher auch gern der Meinung zu, die ich heute in einem großen Provinzialblatt vertreten sah, daß nicht der Reichskanzler der eigentliche Verfasser dieses Schreibens in allen seinen Einzelheiten sei, und daß aus der Fülle der Gesichte, die uns hier entgegneten, einige andere wohl bekannte Gesichter zu erkennen wären. (Heiterkeit.) Nach ihrer allgemeinen Natur bleibt jedoch die Motivirung für mich sehr interessant, weil sie abermals ein merkwürdiges Licht über die Anschauungen verbreitet, die bei uns in diesen Dingen überhand nehmen. Es liegt in dem Satz, der ausspricht, wenn wir höhere Zollsätze hätten, so würde der Ausländer, um uns seine Waare auch fernerhin zu verkaufen, seine Preise herabsetzen müssen, wieder jene eigenthümliche Anschauung, die ich, um es in ein Wort zusammenzufassen, die socialistische Stimmung unserer heutigen Regierungskreise nennen möchte. Es ist dies nämlich dieselbe Anschauung, die bei den Arbeitseinstellungen in den Gewerkschaften sich zum Durchbruch verhilft, wenn es sich darum handelt, den Fabrikanten die Löhne vorzuschreiben. Trotzdem die Preise auf den Weltmarkt herabgehen, trotzdem die Conjunctionen schlechter werden und die Fabrikanten deshalb zu niedrigeren Preisen verkaufen müssen, treten die Arbeiter an diese heran und sagen: wir kümmern uns nicht darum, ob ihr zu höherem oder niederem Preise verkauft, wir schreiben euch vor, uns die alten Löhne nach dem Maßstab unserer bisherigen Bedürfnisse zu geben. Auch das ist eine Vorstellung, welche davon ausgeht, daß nicht die Combination der Thatsachen und die Fügung der Verhältnisse auf dem großen Weltmarkt und Arbeitsmarkt die Preise bestimme, sondern daß vorbedachte einseitige menschliche Absichten diese Preise willkürlich reguliren könnten. Und dieser selbe socialistische Gedanke spukt hier in dem Ausspruch, daß wir, wenn wir nur dem Ausland vorschreiben wollen, es müsse uns billiger verkaufen, ohne Weiteres auch das Ausland dazu zwingen können.

Ein wunderliches Gegenstück übrigens zu dieser Art, den Ausländer unsere Steuer bezahlen zu lassen, bietet wieder die andere Seite der Schutzzollpolitik, welche darauf hinausgeht, daß man dem inländischen Producenten bessere Preise verschaffen müsse, damit er einen größeren Export habe und dem Ausländer billiger verkaufen könne als seinen inländischen Mitbürgern. (Heiterkeit.) Solche Wunder werden gewirkt in dem schutzzöllnerischen Gehirn, welches die Welt immer sich vorstellt wie einen Mechanismus, an dem man nur die Fäden beliebig zu ziehen habe, um bestimmte Zwecke zu erreichen. So gelangt es zu einem System, wonach es sich einbildet, daß wir von der einen Seite den Ausländer zwingen, unsere Steuern zu bezahlen, während es von der andern Seite unsere Landsleute zwingt, unserer exportirenden Industrie höhere Preise zu zahlen, damit sie im Stande sei, dem Ausländer billigere Preise als uns selbst zu machen, d. h. auch ihm wieder einen Theil seiner Steuern zu bezahlen.

Endlich, m. H., muß ich bitten, Sie noch einen Augenblick aufhalten zu dürfen, indem ich auch nur mit einem Worte des letzten Gedankens erwähne, der in unserem Schreiben ausgesprochen ist und der sich auf die Eisenbahnpolitik bezieht. Auch dieses ist ein Feld, welches heute zu durchschreiten mir natürlich nicht in den Sinn kommen kann. Aber ich muß auch hier, obwohl ich weiß, daß namentlich bei gewissen Landwirthen vielfache Klagen über die Tarifpolitik im Umlauf sind, und obwohl ich nicht bestreiten will, daß hier und da auch diese Beschwerden begründet sein mögen, — trotzdem muß ich Verwahrung dagegen einlegen, daß man ex cathedra verkünde, die Tarifpolitik der Eisenbahnen solle durch einen Machtspruch von oben herab ein für alle Mal regulirt werden können. Ich glaube, wir haben die Ehre, hier unter uns heute den Präsidenten jener Enquêtecommission zu sehen, welche die Eisenbahn-Tariffrage vor etlichen Jahren so eingehend behandelte, und ich möchte an ihn selbst appelliren wie an jeden, der die Verhandlungen jener Enquête gelesen hat, ob es möglich sei, mit einer allgemeinen Regel über die Frage der Differentialtarife zu entscheiden oder nicht? Ob es auch bei allem Bestreben, Gerechtigkeit zu üben und den Bedürfnissen zu entsprechen, nicht unmöglich sei, mit allgemein durchgreifenden Regeln die tausendfältige Gestaltung des Verkehrs ein für alle Mal vorausbestimmen

zu wollen? Hiervon gilt dasselbe, was wir von der ganzen Industrie sagen müssen. So wenig es möglich ist, die Industrie zu regeln durch Cabinetsordres und Gesetze, ihr vorzuschreiben, was sie produciren und consumiren, wie sie produciren und verkaufen soll, so wenig ist es möglich, der Eisenbahn für alle Einzelheiten Vorschriften zu machen. Ist denn die Eisenbahn keine Industrie? Sie bildet vielleicht die größte aller Industrien. Die deutschen Eisenbahnen repräsentiren ein Capital von 6 bis 7 Milliarden Mark mit einem Brutto-Einkommen von 600 bis 700 Millionen in einem Jahr. Und diese Industrie wollen wir mit einem allgemeinen Gesetz beherrschen, der wollen wir die Lebensbedingungen unterbinden, indem wir von vornherein bestimmen, unter gewissen Umständen darf sie sich selbst nicht ernähren, muß sie theurer oder darf sie gar nicht arbeiten? Und was ist die Folge dieser theureren Arbeit? Sie muß dann ihre Preise wieder heraufsetzen oder sie muß ihre Einnahmen vermindern. Sie muß also auch wieder Schaden stiften, Einnahmen der Beteiligten verkürzen, um diesen Schaden auszugleichen. Uebernimmt der Staat selbst die Eisenbahnen, so muß er wieder aus dem Säckel der Steuerzahler Zubufse leisten, und wir kommen wieder in dieselbe Schraube der Steuerbelastung und Zollerhöhung hinein, von der wir vorhin gesprochen haben. Ja, m. H., es kann Einem schwindeln, wenn man daran denkt, daß durch den Kopf des Handelsministers schon in unseren Tagen offenbar der Gedanke ging, er könne nicht blos mittelst der Tarifpolitik den inländischen Verbrauch reguliren und den inländischen Producenten bevorzugen, sondern sogar der Gedanke, er könne den ausländischen Weltmarkt beherrschen. Die Absperrung des österreichisch-ungarischen Mehls von den deutschen Eisenbahnen hat keinen andren Erfolg gehabt, als daß die Eisenbahnen den Transport verloren, der nun über Triest und Fiume nach England ging. Aber jene Absperrung hatte, wie angedeutet ward, zum Zweck, zu hindern, daß dieses Getreide resp. Mehl auf den englischen Markt komme und die Marktpreise herabdrücke, die unsere deutsche Mehlproduction in England zu erzielen beanspruchen könnte. Und so hatten wir wirklich die unglaubliche Ambition, von Deutschland aus den Weltmarkt für Nahrungsmittel, auf dem die Zufuhren der ganzen Erde zusammenströmen, durch ein Ministerialedict reguliren zu wollen. (Heiterkeit.) Das

ist wahrlich eine Illustration der Handelspolitik, die wir heute befolgen. Und jenes andere Decret, das die Trauben von Grüneberg auf die Höhe der Trauben von Meran und Italien heraufsetzen wollte, könnte uns davor warnen, jemals etwas für unwahrscheinlich zu erklären. Einstens hat ein berühmter französischer Nationalökonom, um zu zeigen, wie ungereimt die Schutzzolltheorie sei, zu folgendem Beispiel gegriffen: «Was würde man sagen, wenn man von uns verlangte, wir sollten die Orangen von Valencia und Messina nicht hereinlassen, weil wir in unserem Treibhause selbst Orangen ziehen könnten.» Er glaubte, damit die größte Unwahrscheinlichkeit ausgesprochen zu haben, mit der man den Schutzzoll widerlegen könnte, und siehe da, in verjüngtem Mafsstab ist dies Problem gelöst worden in der befohlenen Bevorzugung der Trauben von Grüneberg, und noch dazu in einem Jahre, wo diese mißrathen waren.

M. H., ich habe Ihnen hier in einer Ihnen vielleicht lang erscheinenden (Rufe: Nein!), mir aber für das Bedürfnis der Kritik nur summarischen Uebersicht die Hauptstationen auf dem Leidenswege gezeigt, den der wissende Leser dieser Denkschrift zu durchlaufen hat. Diese Stationen bilden allerdings zugleich das Inhaltsregister für die Zusammenstellung derjenigen Wandlungen, welche unsere Zollpolitik in ganz wenigen Jahren erlebt hat.

M. H., Im Jahre 1869, als eben das deutsche Zollparlament in Wirksamkeit getreten war, hat der Reichskanzler ein Bekenntnis abgelegt ganz im Sinne der Grundsätze, die unsere Gesellschaft vertritt. Im Jahre 1869 am 21. Juni erklärte er sich im Zollparlament für die Befreiung der großen Zahl der Einfuhrartikel und für das englische System der Zollpolitik. Im Jahre 1875 — ich folge hier zunächst einer vortrefflichen Zusammenstellung, die wir unserem geehrten Collegen, dem Redacteur der «Deutschen Landwirthschaftlichen Presse», verdanken — wurde von dem Reichskanzler auf gleiche Weise erklärt, daß er als sein Ideal die Befreiung der meisten Artikel von den Zöllen ansehe und daß dieses Ideal nach englischem Muster zugeschnitten sein sollte. In demselben Jahr 1875 erklärte sich die Thronrede, von der man doch meistens annimmt, daß sie mit der Zustimmung des Reichskanzlers verfaßt wird, ganz in demselben Geist. Damals war schon die Krisis hereingebrochen, und es ging schon damals natürlich die Bestrebung

der Schutzzöllner dahin, unsere Handelspolitik verantwortlich zu machen für den Schaden, der über das Land gekommen war. In der Thronrede von 1875 hiefs es:

Wenn in dem Handel und Verkehr dennoch gegenwärtig eine Stagnation stattfindet, wie sie im Laufe der Zeit periodisch wiederkehrt, so liegt es leider nicht in der Macht der Regierung, diesem Uebelstand abzuhelpfen, der sich in anderen Ländern in gleicher Weise wie in Deutschland fühlbar macht.

Und, m. H., einer der getreuesten Meinungsgeossen des Reichskanzlers im Reichstag selbst, der Abg. Lucius, sprach sich auch noch im besagten Jahre sogar in ähnlicher Weise, wenigstens sehr milde gegenüber dem Freihandel aus. Auch er erklärte sich für Finanzzölle und sagte:

Wir werden uns mit den Vertretern der Freihandelspartei einigen, um eine Vereinfachung des Zolltarifs herbeizuführen.

Damals dachte allerdings Niemand daran, dafs diese Vereinfachung darin bestehen sollte, dafs man eben alle Dinge mit einem Zoll belegte. (Heiterkeit.) Und ich möchte wohl wissen, ob Herr Lucius damals vielleicht einen ähnlichen Gedanken gehegt hat?

M. H., noch später sogar, am 26. April 1876, nachdem der vortreffliche Mann, dessen Dienste entbehren zu müssen, das Deutsche Reich nie schmerzlich genug beklagen kann, Minister Delbrück, von den Geschäften sich zurückgezogen hatte, erklärte im preussischen Landtag, als dieser Rückzug zur Sprache kam und man darin eine Verschiedenheit der Anschauungen und einen jähen Umschwung in der Handelspolitik sah, der Reichskanzler, «dafs zwischen Delbrück und ihm auch nicht ein Schatten von Meinungsverschiedenheit über irgendeine der schwebenden Fragen eingetreten sei». Also noch im Jahre 1876, trotzdem wir jetzt in vielen, dem Reichskanzler sehr nahe stehenden Organen lesen, dafs alles Unglück durch die Aera Delbrück und jene unselige Handelspolitik herbeigeführt worden sei, erklärte der Reichskanzler, dafs er auch ganz grundsätzlich mit Herrn Delbrück einverstanden sei und niemals der Schatten einer Meinungsverschiedenheit zwischen diesem Handelspolitiker und ihm bestanden habe. Ja, m. H., noch 1877 enthielt die Thronrede einen ganz ähnlichen Passus wie 1876. Freilich war Ende des Jahres 1876 ein leiser Umschwung sofort

nach Delbrücks Rücktritt zu vermerken. Es kam damals jene Vorlage, daß auf Eisen ein Zoll gesetzt werden sollte, — aber wie das so zu gehen pflegt, es hieß: das soll kein Schutzzoll sein, beileibe, wer denkt an Schutzzoll? Es war damals noch nicht ganz die Zeit vorüber, wo jeder Mensch, der für vernünftig und einsichtsvoll gelten wollte, sich dagegen verwahrte, ein Schutzzöllner zu sein. Heute hat sich das geändert, heute ist das Zeichen von Oben gegeben, und nun stolzirt man frank und frei als Schutzzöllner einher und erklärt den Freihandel als eine unbegreifliche Verirrung. Noch bei Gelegenheit der Ausgleichzölle auf Eisen verwahrten sich die Vertheidiger der Vorlage gegen irgend welche Gedanken des Schutzzolls; die Maßregel sollte nur dazu dienen, Frankreich zur Abschaffung von Exportvergütungen zu zwingen, oder diese Vergütung bei uns mittelst eines Zolls auszugleichen. Nicht ein Systemwechsel, gab man vor, sei im Anzug, sondern nur ein wenig Gerechtigkeit für einige gußeiserne Artikel und namentlich die gußeisernen Röhren. Wenn wir Anderen zweifelnd den Kopf schüttelten und behaupteten, wir sähen hier eine Aera der Schutzzollpolitik kommen, so wurden wir vollständig zurückgewiesen: kein Gedanke daran, das sei nur Schwarzseherei, Gespensterscherei, kein Mensch denke an Schutzzoll! Noch im Jahre 1877, m. H., erklärte der neue Präsident des Reichskanzleramts, Herr Minister Hofmann, auf eine Interpellation des Herrn von Varnbüler, welcher keinen Vertrag mit Oesterreich abgeschlossen und vorher allgemeine Enquêtes angestellt wissen wollte, im Reichstag zwei Dinge: erstens daß er nicht einsehe, wozu eine Enquête nothwendig sei; die bisherigen Erfahrungen und namentlich auch die Enquêtes, die der Handelstag angestellt habe, wiesen reichlich aus, was zu berücksichtigen sei, und generelle Enquêtes könnten nur überflüssig sein. Zweitens erklärte er, er sei für Abschließung von Handelsverträgen und wolle nicht, daß man sie aufschiebe, um erst eine allgemeine Zolltarifrevision zu machen. Und noch im Jahr 1878, als dem Reichstag die Denkschrift zuing, welche beklagte, daß die Verhandlungen mit Oesterreich nicht zum Ziel geführt hätten, wurde uns erklärt, man halte an der Vertragspolitik fest und habe vergeblich versucht, einen Conventionaltarif zu machen.

Aber nicht lange dauerte es, so wurden die Enquêtes, die man vorher abgelehnt hatte, angeordnet. In kurzen Zwischräumen folgten sich dann: die Erklärung der 204, angeführt von Herrn

v. Varnbüler, unmittelbar darauf der Brief des Reichskanzlers an denselben Herrn des Inhalts, daß man keine Verträge abschließen solle, bis man erst einmal einen allgemeinen Zolltarif gemacht habe. Nun folgte das Schreiben des Reichskanzlers vom 12. November an den Bundesrath, welches ihn zur Einsetzung einer Tarif-Commission aufforderte und dieser Commission ein ganzes Arsenal von schutzzöllnerischen Fragen zur Verfügung stellte. Am 15. December erschien darauf das Schreiben, das uns heute beschäftigt und das den allgemeinen Schutzzoll proclamirt, — und damit noch nicht genug, lasen wir wenige Tage hernach jenen Brief des Reichskanzlers an die Lederfabrikanten, auf Grund dessen einige der letzteren sich vielleicht einbilden, daß sie ein angeborenes Recht auf den Geldbeutel der Lederconsumenten hätten, eine Art von Herrenrecht modernster Sorte. So haben wir in Zeit von noch nicht zwei Jahren den ganzen Weg, den die Politik der aufgeklärtesten, sachkundigsten Leiter des preussischen Staates in 60 Jahren durchschritten hatte, wieder nach rückwärts durchlaufen. Zwei Jahre — so leicht ist es, abwärts zu gehen — haben genügt, um jenen Weg wieder zurückzulegen. Und nicht genug damit, daß wir selbst nun wieder hinter der Zeit von vor 60 Jahren angekommen sind, haben wir weidlich dazu beigetragen, daß überall jene Vertragspolitik, welche 15 Jahre über Europa gewaltet hat, wieder in Frage gestellt wird.

Uns Freihändler klagt man an, daß wir die Politik des wirthschaftlichen Krieges proclamiren, weil wir dem Grundsatz huldigen, daß nur durch den allseitigen Wettstreit und die Anstrengung in der freien Bewegung das erzielt werden könne, was die Menschheit zu ihrem Fortkommen braucht, daß die Production immer verbessert und veredelt werde. Uns klagt man des Krieges an. Aber unsere Gegner sind es, welche nicht diesen redlichen Wettkampf des friedlichen Verkehrs sondern den organisirten Krieg Aller gegen Alle heraufbeschwören. Alle Verträge werden zerrissen, jedes Land errichtet neue Mauern um seine Grenzen, und kluge Leute sagen uns: erst wenn jedes Land sich wieder mit einer chinesischen Mauer umgeben haben wird, dann werden wir dazu kommen, neue Verträge zu machen und eine neue Aera des Handelsaustausches zu beginnen. Diese Pfennigweisheit soll uns Ersatz liefern für den Schaden der unberechenbaren Verwüstung, die jetzt über alle Zweige des Verkehrs hereinbricht. Die Wege

des friedlichen Völkerlebens, die seit fünfzehn Jahren eröffnet und gepflegt worden sind, werden gesperrt und zerstört, ein verheerender Zollkrieg von Land zu Land hebt alle bestehenden Verbindungen auf, und überall ertönt das wilde Feldgeschrei, welches an jedes Einzelnen brutale Begehrlichkeit und an jedes Landes blinden selbstmörderischen Eigennutz appellirt! Das ist die wahre Verwilderung auf dem Gebiet der wahren Cultur. (Bravo!)

Wie die Geschicke dieses Kampfes in Europa und in Deutschland für die nächste Zeit sich wenden mögen, wie lange die Welt brauchen wird, um zu erkennen, daß sie zu ihrem Unheil die Wege der Rückkehr in die Barbarei einschlägt, ich weiß es nicht. Heute und in diesem Saale haben wir nur im Namen und zur Rettung der richtigen Erkenntniß gesprochen, heute kämpfen wir hier nur gegen die Verwirrung der Geister. Mögen die, welche die feststehenden Ergebnisse des Denkens und Wissens bekämpfen, sich rühmen, politische Verbündete zu haben in noch so mächtigen Parteien und Persönlichkeiten, am guten Ausgang in unserem Sinne ist nicht zu zweifeln.

So gewiß es nicht die Staatsklugheit einzelner Politiker gewesen ist, welche die Zeugungskraft des Gewerbleißes und die heilbringenden Verbindungen von Mensch zu Mensch und von Land zu Land tausendfach vermehrt und vervollkommnet hat, sondern die wunderbare Leistungskraft des physikalischen Forschens und technischen Schaffens, so gewiß müssen alle Versuche, der Welt die segensreichen Vortheile jener Errungenschaften wieder zu entreißen, zu Schanden werden. Die Verbündeten, auf die Wir uns stützen, sie spotten aller Anderen, denn sie heißen: Seine Weltbezwingende Durchlaucht der Dampf und Ihre Welterweckende Durchlaucht die Electricität! (Lebhafter, andauernder Beifall.)

# Anhang.

## Das Schreiben des Reichskanzlers.

---

Friedrichsruh, den 15. December 1878.

Nachdem der Bundesrath auf Grund der Vorlage vom 12. November l. J. (No. 123 der Drucksachen) die Einsetzung einer Commission zur Revision des Zolltarifs beschlossen hat, beehre ich mich nachstehend die Gesichtspunkte darzulegen und zur geeigneten Erwägung zu stellen, welche mir bei dieser Revision als leitende vorschweben und in deren Richtung ich amtlich zu wirken bestrebt bin.

In erster Linie steht für mich das Interesse der finanziellen Reform: Verminderung der directen Steuerlast durch Vermehrung der auf indirecten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs.

Wieweit Deutschland in der finanziellen Entwicklung seines Zollwesens hinter anderen Staaten zurückgeblieben ist, zeigt die unter 1 anliegende Uebersicht. Das hier dargestellte Verhältniß würde sich noch ungünstiger für Deutschland gestalten, wenn zu den für Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien aufgeführten Beträgen der Einnahme an Grenzzöllen die Summen hinzugefügt würden, welche diese Staaten an Stelle des Zolls vom ausländischen Tabak in der Form des Monopolertrags beziehen und welche zu Gunsten der Gemeinden als Octroi erhoben werden.

Es beruht nicht auf Zufall, dafs andere Grofsstaaten, zumal solche mit weit vorgeschrittener politischer und wirthschaftlicher Entwicklung die Deckung ihrer Ausgaben vorzugsweise in dem Ertrag der Zölle und indirecten Steuern suchen.

Die directe Steuer, welche in einem für jeden einzelnen Steuerpflichtigen im Voraus festgestellten Betrage dem einzelnen

Besteuerten abgefordert und nöthigenfalls durch Zwang von ihm begetrieben wird, wirkt ihrer Natur nach drückender als jede indirecte Abgabe, die in ihrem Betrage sowohl der Gesammtheit als dem Einzelnen gegenüber an den Umfang des Verbrauchs besteuert Gegenstände sich anschliesst und, soweit sie den einzelnen Consumenten trifft, von diesem in der Regel nicht besonders, sondern in und mit dem Preise der Waaren entrichtet wird. In dem grössten Theile Deutschlands haben die directen Steuern einschliesslich der Communalabgaben eine Höhe erreicht, welche drückend ist und wirthschaftlich nicht gerechtfertigt erscheint. Am meisten leiden unter derselben gegenwärtig diejenigen Mittelklassen, deren Einkommen sich etwa in der Grenze bis zu 6000 *M* bewegt und welche durch executorisch begetriebene oder über ihre Kräfte gezahlte directe Steuern noch häufiger als die Angehörigen der untersten Steuerklassen in ihrem wirthschaftlichen Bestande untergraben werden. Soll die Steuerreform, wie ich es für erforderlich halte, in ihren Erleichterungen bis zu diesen Grenzen reichen, so muss sie bei der Revision des Zolltarifs auf einer möglichst breiten Grundlage beginnen. Je ergiebiger man das Zollsystem in finanzieller Hinsicht gestaltet, um so grösser werden die Erleichterungen auf dem Gebiete der directen Steuern sein können und sein müssen.

Denn es versteht sich von selbst, dass mit der Vermehrung der indirecten Einnahmen des Reichs nicht eine Erhöhung der Gesamtsteuerlast bezweckt werden kann. Das Mass der Gesamtsteuerlast ist nicht durch die Höhe der Einnahmen, sondern durch die Höhe des Bedarfs bedingt, durch die Höhe der Ausgaben, welche im Einverständniss zwischen Regierung und Volksvertretung als dem Bedürfniss des Reichs oder Staats entsprechend festgestellt wird. Höhere Einnahmen zu erzielen, als zur Bestreitung dieses Bedürfnisses unbedingt erforderlich sind, kann niemals in der Absicht der Regierungen liegen. Dieselben haben nur dahin zu streben, dass das Erforderliche auf die relativ leichteste und erfahrungsmässig minder drückende Weise aufgebracht werde. Jede Steigerung der indirecten Einnahmen des Reichs muss deshalb die nothwendige Folge haben, dass von den directen Steuern oder von solchen indirecten Steuern, deren Erhebung von Staatswegen etwa aus besonderen Gründen nicht mehr wünschenswerth erscheint, soviel erlassen oder an Communal

verbände überwiesen wird, als für die Deckung der im Einverständnis mit der Volksvertretung festgesetzten Staatsausgaben entbehrlich wird.

Nicht in Vermehrung der für die Zwecke des Reichs und der Staaten nothwendigen Lasten, sondern in der Uebertragung eines größeren Theils der unvermeidlichen Lasten auf die weniger drückenden indirecten Steuern, besteht das Wesen der Finanzreform, zu deren Verwirklichung auch die Zolltarifrevision dienen soll.

Um eine dieser Rücksicht entsprechende Grundlage für die Revision zu gewinnen, empfiehlt es sich meines Erachtens, nicht bloß einzelne Artikel, welche sich dazu besonders eignen, mit höheren Zöllen zu belegen, sondern zu dem Princip der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände, welches in der preussischen Zoll-Gesetzgebung vom Jahr 1818 an als Regel aufgestellt war und später in der allgemeinen Eingangsabgabe des Vereins-Zolltarifs bis zum Jahre 1865 seinen Ausdruck fand, zurückzukehren.

Von dieser allgemeinen Zollpflicht würden diejenigen für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe auszunehmen sein, welche in Deutschland gar nicht (wie z. B. Baumwolle) und, nach Befinden auch die, welche nur in einer ungenügenden Quantität oder Qualität erzeugt werden können.

Alle nicht besonders ausgenommenen Gegenstände sollten mit einer Eingangsabgabe belegt sein, die nach dem Werthe der Waaren und zwar unter Zugrundlegung verschiedener Procentsätze, je nach dem Bedarfe der einheimischen Production, abzustufen wäre. Die hiernach zu bemessenden Zollsätze würden auf Gewichtseinheiten, wie dies in dem bestehenden Zolltarif die Regel ist, zurückzuführen und danach zu erheben sein, soweit nicht nach der Natur des Gegenstands eine Erhebung des Zolls per Stück (wie bei dem Vieh) oder unmittelbar nach dem Werth (wie bei Eisenbahnfahrzeugen, eisernen Flufsschiffen) sich mehr empfiehlt.

Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amts (Statistik des Deutschen Reichs, Band XXXII. S. II. 93) betrug im Jahre 1877 der geschätzte Werth der Waareneinfuhr (Eingang in den freien Verkehr) rund 3877 Millionen Mark. Hier von fallen laut Anlage 2 auf bisher zollfreie Artikel rund 2853 Millionen Mark.

In dieser Summe ist der Werth einer Reihe von Artikeln enthalten, welche auch in Zukunft zollfrei zu lassen sein werden, weil sie unter die obenbezeichnete Kategorie der für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe fremder Herkunft fallen oder weil sie, wie gemünztes Metall, sich ihrer Natur nach nicht zu einem Gegenstande der Verzollung eignen. Außerdem würden die Positionen in Abzug zu bringen sein, für welche etwa auch in Zukunft die Freiheit der Durchfuhr andern Ländern vertragsmäßig gewährleistet oder im Interesse des inländischen Verkehrs gesetzlich zugelassen werden soll. Es kommt ferner in Betracht, daß die Belegung jetzt zollfreier Artikel auch mit einer mäßigen Eingangsabgabe, doch Einfluß auf den Verbrauch dieser Artikel üben kann.

Welcher Betrag hiernach an der obigen Summe von 2853 Millionen Mark abzusetzen wäre, um den Gesamtwert der jetzt zollfreien, nach meinem Vorschlag künftig der Zollpflicht unterliegenden Gegenstände zu ermitteln, — dies läßt sich mit irgend welcher Zuverlässigkeit nicht berechnen. Wollte man indessen auch annehmen, daß selbst die Hälfte der obengenannten Summe — was ohne Zweifel zu hoch gegriffen ist — als Werth auch künftig zollfreier Ein- und Durchfuhr in Abzug kommen müßte, so bliebe immerhin noch eine, jetzt zollfreie, künftig und nach den ursprünglichen bis 1865 gültigen Grundsätzen Preussens und des Zollvereins zollpflichtige Einfuhr im Werthe von etwa 1400 Millionen Mark. Wird ferner angenommen, daß die hiervon künftig zu erhebenden Eingangsabgaben auch nur durchschnittlich 5 pCt. des Werths betragen, so würde sich die Vermehrung der jährlichen Zolleinnahmen auf 70 Millionen Mark belaufen.\*)

Dieser Vermehrung der Zolleinnahme würde eine wesentliche Erhöhung der Zollerhebungs- und Verwaltungskosten nicht gegenüberstehen, da eine wenn auch nur summarische Revision der die Zollgrenze passirenden zollfreien Güter jetzt ebenfalls stattfindet. Die bestehenden Einrichtungen an der Zollgrenze und im Innern würden voraussichtlich auch zur Verzollung aller jetzt zollfreien, künftig zollpflichtigen Gegenstände ausreichen oder

\*) Der Zollsatz in dem bis vor 13 Jahren gültigen Tarif Preussens und des Zollvereins war für alle im Tarif nicht als zollfrei benannte Einfuhrgegenstände 15 Sgr. für den Centner.

doch nicht in sehr erheblichem Maße zu erweitern sein; sie würden durch Vermehrung der zollpflichtigen Artikel vielfach nur noch besser ausgenützt und einträglicher gemacht werden, als es jetzt der Fall ist.

Wenn hiernach vom finanziellen Gesichtspunkte aus, auf welchen ich das Hauptgewicht lege, die von mir befürwortete Wiederherstellung der Regel allgemeiner Zollpflicht sich empfiehlt, so läßt ein solches System sich meines Erachtens auch in volkswirtschaftlicher Beziehung nicht anfechten.

Ich lasse dahingestellt, ob ein Zustand vollkommener, gegenseitiger Freiheit des internationalen Verkehrs, wie ihn die Theorie des Freihandels als Ziel vor Augen hat, dem Interesse Deutschlands entsprechen würde. So lange aber die meisten der Länder, auf welche wir mit unserem Verkehr angewiesen sind, sich mit Zollschranken umgeben, und die Tendenz zur Erhöhung derselben noch im Steigen begriffen ist, erscheint es mir gerechtfertigt und im wirtschaftlichen Interesse der Nation geboten, uns in der Befriedigung unserer finanziellen Bedürfnisse nicht durch die Besorgniß einschränken zu lassen, daß durch dieselben deutsche Producte eine geringe Bevorzugung vor ausländischen erfahren.

Der jetzt bestehende Vereinzolltarif enthält neben den reinen Finanzzöllen eine Reihe von mäßigen Schutzzöllen für bestimmte Industriezweige. Eine Beseitigung oder Verminderung dieser Zölle wird, zumal bei der gegenwärtigen Lage der Industrie nicht rathsam erscheinen; vielleicht wird sogar bei manchen Artikeln im Interesse einzelner besonders leidender Zweige der heimischen Industrie, je nach dem Ergebniß der im Gange befindlichen Enquêtes, eine Wiederherstellung höherer oder Erhöhung der gegenwärtigen Zollsätze sich empfehlen.

Schutzzölle für einzelne Industriezweige aber wirken, zumal wenn sie das durch die Rücksicht auf den finanziellen Ertrag gebotene Maß überschreiten, wie ein Privilegium und begegnen auf Seiten der Vertreter der nicht geschützten Zweige der Erwerbsthätigkeit der Abneigung, welcher jedes Privilegium ausgesetzt ist. Dieser Abneigung wird ein Zollsystem nicht begegnen können, welches innerhalb der durch das finanzielle Interesse gezogenen Schranken, der gesammten inländischen Production einen Vorzug vor der ausländischen Production auf dem einheimischen

Markte gewährt. Ein solches System wird nach keiner Seite hin drückend erscheinen können, weil seine Wirkungen sich über alle producirenden Kreise der Nation gleichmäßiger vertheilen, als es bei einem System von Schutzzöllen für einzelne Industriezweige der Fall ist. Die Minderheit der Bevölkerung, welche überhaupt nicht producirt, sondern ausschließlichs consumirt, wird durch ein die gesammte nationale Production begünstigendes Zollsystem scheinbar benachtheiligt. Wenn indessen durch ein solches System die Gesamtsumme der im Inland erzeugten Werthe vermehrt und dadurch der Volkswohlstand im Ganzen gehoben wird, so wird dies schließlichs auch für die nicht producirenden Theile der Bevölkerung und namentlichs für die auf festes Geldeinkommen angewiesenen Staats- und Gemeindebeamten von Nutzen sein; denn es werden der Gesammtheit dann die Mittel zur Ausgleichung von Härten zu Gebote stehen, falls sich in der That eine Erhöhung der Preise der Lebensbedürfnisse aus der Ausdehnung der Zollpflichtigkeit auf die Gesammteinfuhr ergeben sollte. Eine solche Erhöhung wird jedoch in dem Mafse, in welchem sie von dem Consumenten befürchtet zu werden pflegt, bei geringen Zöllen voraussichtlichs nicht eintreten, wie ja auch umgekehrt nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer die Brod- und Fleischpreise in den früher davon betroffenen Gemeinden nicht in einer bemerkbaren Weise zurückgegangen sind.

Eigentliche Finanzzölle, welche auf Gegenstände gelegt sind, die im Inlande nicht vorkommen und deren Einfuhr unentbehrlichs ist, werden zum Theil den Inländer allein treffen. Bei Artikeln dagegen, welche das Inland in einer für den einheimischen Verbrauch ausreichenden Menge und Beschaffenheit zu erzeugen im Stande ist, wird der ausländische Producent den Zoll allein zu tragen haben, um auf dem deutschen Markt noch concurriren zu können. In solchen Fällen endlich, in denen ein Theil des inländischen Bedarfs durch auswärtige Zufuhr gedeckt werden muß, wird der ausländische Concurrent meist genöthigt sein, wenigstens einen Theil und oft das Ganze des Zolls zu übernehmen und seinen bisherigen Gewinn um diesen Betrag zu vermindern. Dafs Grenzzölle auf solche Gegenstände, welche auch im Inland erzeugt werden, den ausländischen Producenten für das finanzielle Ergebnifs mit heranziehen, geht aus dem Interesse hervor, welches überall das Ausland gegen Einführung und Erhöhung derartiger

Grenzzölle in irgend einem Gebiete an den Tag legt. Wenn im praktischen Leben wirklich der inländische Consument es wäre, dem der erhöhte Zoll zur Last fällt, so würde die Erhöhung dem ausländischen Producenten gleichgültiger sein.

Soweit hiernach der Zoll dem inländischen Consumenten überhaupt zur Last fällt, tritt er hinter den sonstigen Verhältnissen, welche auf die Höhe der Waarenpreise von Einfluß sind, in der Regel weit zurück. Gegenüber den Preisschwankungen, welche bei bestimmten Waarengattungen durch den Wechsel im Verhältniß von Angebot und Nachfrage oft binnen kurzer Zeit und bei geringer örtlicher Entfernung der Marktplätze von einander bedingt wird, kann ein Zoll, der etwa 5 bis 10 Procent vom Werth der Waare beträgt, nur einen verhältnißmäßig geringen Einfluß auf den Kaufpreis üben. Andere Momente, wie die Ungleichheiten der Frachtsätze bei den Differenciantarifen der Eisenbahnen, wirken in dieser Beziehung viel einschneidender vermöge der Einfuhrprämie, die sie dem Auslande, oft zum vielfachen Betrage jedes vom Reiche aufzulegenden Zolles, auf Kosten der deutschen Production gewähren. Ich bin deshalb auch der Ueberzeugung, daß mit der Revision der Grenzzölle eine Revision der Eisenbahntarife nothwendig Hand in Hand gehen muß. Es kann auf die Dauer den einzelnen Staats- und Privat-Eisenbahn-Verwaltungen nicht die Berechtigung verbleiben, der wirtschaftlichen Gesetzgebung des Reiches nach eigenem Ermessen Concurrenz zu machen, die Handelspolitik der verbündeten Regierungen und des Reichstages nach Willkür zu neutralisiren und das wirtschaftliche Leben der Nation den Schwankungen auszusetzen, welche im Gefolge hoher und wechselnder Einfuhrprämien für einzelne Gegenstände nothwendig eintreten.

Die Rückkehr zu dem Princip der allgemeinen Zollpflicht entspricht der jetzigen Lage unserer handelspolitischen Verhältnisse. Nachdem der Versuch, mit Oesterreich-Ungarn einen neuen Tarifvertrag zu vereinbaren, resp. den bisherigen zu prolongiren, gescheitert ist, sind wir (abgesehen von den in den Verträgen mit Belgien und der Schweiz enthaltenen Tarifbestimmungen) in das Recht selbstständiger Gestaltung unseres Zolltarifs wieder eingetreten. Bei der bevorstehenden Revision des Zolltarifs kann nur unser eigenes Interesse maßgebend sein. Dieses Interesse wird vielleicht demnächst zu neuen Verhandlungen über Tarif-

Verträge mit dem Ausland führen. Sollen aber solche Verhandlungen mit der Aussicht auf einen für Deutschland glücklichen Erfolg begonnen werden, so ist es nöthig, vorher auf dem autonomen Wege ein Zollsystem zu schaffen, welches die gesammte inländische Production der ausländischen gegenüber in die möglichst günstige Lage bringt.

Dem Bundesrath stelle ich ergebenst anheim, die vorstehenden Bemerkungen der Commission, welche behufs Revision des Zolltarifs zufolge des Beschlusses vom 12. d. M. eingesetzt wird, zur Erwägung gefälligst überweisen zu wollen.

**v. Bismarck.**

An  
den Bundesrath.

# Anlage zum Schreiben des Reichskanzlers.

Einnahme an Grenzzöllen.	Betrag	Durchschnitts- betrag	Auf den	
			Kopf d. Be- völkerung	
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	
Deutsches Reich . . . . .	1873 . . . . .	134 719 260	} 119 688 266	2,83
	1874 . . . . .	115 201 800		
	1875 . . . . .	120 787 499		
	1876 . . . . .	121 034 235		
	1877 . . . . .	106 698 539		
Oesterreich-Ungarn . . . . .	1872 . . . . .	56 445 356	} 46 465 675	1,26
	1873 . . . . .	52 936 392		
	1874 . . . . .	41 865 044		
	1875 . . . . .	42 080 288		
	1876 . . . . .	39 001 294		
Frankreich . . . . .	1873 . . . . .	174 796 904	} 177 288 472	4,88
	1874 . . . . .	151 571 570		
	1875 . . . . .	183 048 680		
	1876 . . . . .	199 736 733		
Italien . . . . .	1873 . . . . .	77 365 729	} 81 643 560	2,97
	1874 . . . . .	80 452 072		
	1875 . . . . .	80 800 000		
	1876 . . . . .	84 800 000		
	1877 . . . . .	84 800 000		
Rufslund . . . . .	1872 . . . . .	171 200 000	} 190 272 000	2,65
	1873 . . . . .	173 760 000		
	1874 . . . . .	179 200 000		
	1875 . . . . .	199 680 000		
	1876 . . . . .	227 520 000		
Großbritannien i. April	1872/73	427 915 214	} 412 221 192	12,59
	» 1873/74	414 595 830		
	» 1874/75	394 725 292		
	» 1875/76	414 966 661		
	» 1876/77	408 902 965		

Einnahme an Grenzzöllen,	Betrag	Durchschnitts- betrag	Auf den Kopf d. Be- völkerung
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
Schweden . . . . . 1874 . .	18 562 500	22 275 000	5,03
1875 . .	21 937 500		
1876 . .	22 500 000		
1877 . .	23 625 000		
1878 . .	24 750 000		
Dänemark . . . . . 1875/76	20 569 442	20 346 008	10,60
1876/77	20 122 575		
Amerika ( <i>U. S. of A.</i> )			
i. Juli 1872/73	752 358 092	629 911 645	16,34
» 1873/74	652 415 336		
» 1874/75	628 670 888		
» 1875/76	592 287 936		
» 1876/77	523 825 972		

